

ÖKOSTEUER-NEWS NR. 1 – JULI 2001

NACHRICHTEN UND DISKUSSIONSBEITRÄGE ZUR ÖKOLOGISCHEN STEUERREFORM

FÖRDERVEREIN ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM (FÖS) E.V.

Redaktionsteam: Andrea Kuss, Christof Sauer, Andreas Wolfsteiner

Brienner Str. 44 · 80333 München · www.foes-ev.de

Fon 089/520113-13 · Fax 089/520113-14 · foes@foes-ev.de

Dieses Projekt wird von Bundesumweltministerium und

Umweltbundesamt finanziell gefördert.*

*„Die Förderer übernehmen keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung privater Rechte Dritter. Geäußerte Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.“ Fehler und Irrtümer gehen selbstverständlich zu Lasten des FÖS.

Inhalt dieser Ausgabe

1.	EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL.....	1
2.	ÖSR-DISKUSSION IN DEUTSCHLAND.....	3
3.	ÖSR UND UMWELT INTERNATIONAL.....	13
4.	AKTIVITÄTEN RUND UM DIE ÖKOSTEUER.....	17
5.	WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN.....	19
6.	BEITRÄGE UND REAKTIONEN UNSERER LESER.....	24
7.	KURZMELDUNGEN.....	26
8.	SERVICE JOBS.....	27
9.	SERVICE LINKS.....	28
10.	SERVICE VERANSTALTUNGEN.....	29
11.	IN EIGENER SACHE.....	29

Selbstverständlich erhalten Sie diesen Newsletter kostenlos. Wir freuen uns über jeden interessierten Leser – auch über solche, die unsere Arbeit nicht unterstützen können oder wollen. Dennoch sind wir, trotz der Förderung aus Berlin, dringend auf finanzielle Hilfe all derjenigen angewiesen, die diesen Newsletter für einen wichtigen Beitrag zur Debatte um die Ökosteuer halten. Unser Spendenkonto: Ökobank e.G., BLZ 500 901 00, Konto 860 3740

1. EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL

Liebe Freunde des FÖS und der Ökologischen Steuerreform!

Lang erwartet, lang geplant – nun liegt er endlich vor Ihnen, der erste Ökosteuer-Newsletter des FÖS. An der ein oder anderen Stelle hat er noch etwas Vorläufiges, steht seine Handhabbarkeit noch auf dem Prüfstand, aber dennoch: für uns ist er ein wichtiges und schönes Ergebnis nach langen Überlegungen über Machbarkeit, Aufbau und Layout, nach Mitarbeitersuche und Mittelbeantragung. Wie Sie sicher schon im Untertitel bemerkt haben, ist es uns gelungen, von Umweltbundesamt und Bundesumweltministerium für unser Projekt eines Ökosteuernewsletters eine Förderung zu erhalten. An dieser Stelle nochmals herzlichen Dank dafür!

Die FÖS-Mitteilungen sind bisher 3 - 4 mal im Jahr erschienen. Da der Newsletter jetzt öfter versendet wird,

können wir Sie wesentlich breiter und v.a. aktueller informieren als bisher. Mit Hilfe ausgewählter Zeitungsartikel und -meldungen möchten wir Ihnen einen Überblick über die Ökosteuer-Diskussion und verwandte Themen geben und diese mit Stellungnahmen, Neuigkeiten aus dem Verein und Leserbriefen ergänzen. Insbesondere bei den Leserbriefen bauen wir also auf Sie und freuen uns über jeden Beitrag – auch wenn wir natürlich nicht jeden Leserbrief abdrucken können und auch mal kürzen müssen.

Naturgemäß können wir den Newsletter nur an diejenigen versenden, die bisher die FÖS-Mitteilungen über eMail bekommen haben. Aus Kostengründen ist es nicht möglich, eine gedruckte Version jedes Newsletters per Post zu verschicken. Mitglieder und Interessenten ohne eMail-Adresse, werden 3 bis 4 mal im Jahr eine gedruckte Version bekommen, die eine Auswahl der Highlights der Newsletter aus diesem Zeitraum enthält.

Zum Aufbau des Newsletters: Innerhalb jedes Kapitels finden Sie die Überschriften der enthaltenen Artikel mit einer kurzen Zusammenfassung oder einigen einleitenden Sätzen. Möchten Sie den ganzen Artikel lesen, klicken Sie einfach auf den Link. Auf diese Weise bleibt der Newsletter kompakt und Sie können selbst entscheiden, was Sie interessiert und was weniger. In Zukunft werden wir den Newsletter noch stärker mit der Homepage verknüpfen und u.a. eine Suchfunktion einrichten.

Abgesehen von Artikeln, die wir aus Copyrightgründen nur als Link veröffentlichen dürfen, enthält der Newsletter im pdf-Format die vollständigen Langtexte unseres eMail-Newsletters. Einige Links zu Zeitungsarchiven im Internet mussten wir verkleinern, da in einer pdf-Datei nur einzeilige Links erkannt werden.

Wir hoffen, dass Ihnen das Konzept gefällt, sind für Kritik und Anregungen sowie Beiträge und Artikel dankbar und wünschen viel Freude beim Lesen!

Zur Klimakonferenz in Bonn: Von Umweltmuffeln, Schurken- und Deppenstaaten

Ökologisch korrekt denkende Bürger auf der ganzen Welt sind sich einig: George Bush ist ein umweltpolitischer Neandertaler, der die Zeichen der Zeit nicht begriffen hat. Unser indischer Gastkommentator Anil Agarwal zählt ihm vor, dass aus Sicht einer arroganten, US-amerikanischen Hegemonie ein Amerikaner mit Blick auf Treibhausmissionen soviel wert sei wie *19 Inder, oder 269 Nepalesen*.

Zu eindeutig steht die *Mir san mir*-Mentalität des neuen US-Präsidenten im Widerspruch zum Siegeszug des globalen Rechtes und seiner jüngsten Triumphe. Carla del Ponte lässt Milosevic verhaften, der Völkerrechtshof in Den Haag verurteilt mit 14:1 Stimmen die USA, die Rechte ausländischer Delinquenten zu respektieren, die USA müssen ihre Echelon-Horchstationen, mit der sie die ganze Welt elektronisch belauschen, allmählich zurückziehen (demnächst auch aus Bad Aibling). Die Zukunft gehört gewiss nicht dem Einzelstaat, dem außer Gott nichts über seine uneingeschränkte Souveränität geht. Sie gehört einem wachsenden Geflecht supranationaler Zusammenschlüsse und internationaler Vereinbarungen. Kurzfristig steht gewiss nicht die Weltrepublik am Horizont, wohl aber die stetig wachsende Bedeutung und Verbindlichkeit von *Global Governance*.

In der internationalen Umweltpolitik hat sich mit den USA genau das Land zum Hauptschurken gemacht, das in seiner Außenpolitik eine diplomatische Kampagne gegen die *Rogue States* entfacht hat, Schurkenstaaten wie Libyen, Irak, Nord Korea also. Doch die weltweite Kritik an Bush als Umweltcowboy oder Wiedergeburt des *Ugly American* greift zu kurz. Es geht nicht um den Gegensatz nationaler Wirtschaftsinteressen zu globalen Umweltzielen, es geht nicht um das beliebte Moralstück *Böse Egoisten gegen edle Altruisten*. Was die weltweite Umweltgemeinde Bush vorwerfen sollte, ist mehr als ein ökologisches Verbrechen. Viel schlimmer, würde Talleyrand sagen: Es ist eine ökonomische Dummheit.

[link](#)

Die bloß moralische Kritik an Bush, er stelle nationale Wirtschaftsinteressen über globale Umweltziele, bleibt im Denken der alten Umweltpolitik befangen. Wenn wir diesen Unsinn selber glauben, sind wir den Ökoreaktionären längst auf den Leim gegangen. Denn nur die alte Umweltpolitik bringt die einzelne Nation in das Gefängnisdilemma, wo solidarisches Verhalten eigenschädlich ist. Alte Umweltpolitik belastet Bürger und Wirtschaft mit bürokratischen Vorschriften, deren wirtschaftliche Kosten sich zu den Belastungen des staatlichen Abgabensystems addieren – als zusätzliche, unsichtbare Abgabenquote.

Moderne Umweltpolitik, die mit den marktwirtschaftlichen Instrumenten Ökosteuer oder Zertifikate arbeitet, bedeutet keine volkswirtschaftliche Mehrbelastung, sondern nur eine Lastverlagerung innerhalb der Volkswirtschaft. Energieintensives Produzieren und Konsumieren wird belastet, energiesparendes Verhalten belohnt. Ganz nebenbei verringern sich volkswirtschaftliche Kosten, die durch Umweltzerstörung und Verkehrsinfarkt entstehen: Es wird weniger Geld und Zeit im Stau verpulvert, es werden keine Straßen gebaut,

die ihre volkswirtschaftlichen Kosten nicht einspielen, es sinken die Kosten für gesundheitliche Schäden, Fassadenzerstörungen und Luftreinhaltung. Bei sorgfältiger Analyse erweisen sich die vielbeklagten Belastungen durch Ökosteuer als bloßer Phantomschmerz – leider ein Phantom, an das viele glauben.

Doch unter dem ständigen Trompeten der ökologischen Ptolemäer vergessen sogar wir Umweltsteuerfreunde in schwachen Momenten, dass die Erde rund ist. Wenn Wirtschaftsverbände, Politiker, Autolobbys und Stammtische Tag für Tag wiederholen, dass die Erde eine Scheibe und die Ökosteuer eine Belastung der Wirtschaft sei, dann glauben wir diesen Unsinn am Ende selber.

Mit der alten Umweltpolitik blieb einem Staat, der sich ökologisch korrekt verhalten wollte, in der Tat nichts anderes übrig, als sich zum Umweltdeppen für die anderen zu machen: Er opferte sich für die Umwelt, die anderen mehrten umso unbekümmerter ihr Sozialprodukt. Natürlich war das damals schon zu kurz gedacht, denn auch der Einsatz konventioneller umweltpolitischer Instrumente brachte zahlreiche wirtschaftliche Vorteile. Dennoch: Erst mit der Ökosteuer wird fortschrittliche nationale Umweltpolitik zum Positivsummenspiel. Ohne Zumutungen für die heimische Wirtschaft können einzelne Staaten sich sogar aus dem Pulk der Umweltmuffel herauslösen und Poniergewinne einheimen.

Wenn die europäischen Staaten lernen würden, ihren Bürgen die Angst vor den Phantomschmerzen der Ökosteuer auszureden, könnten sie furchtlos eigene Beiträge zur Klimasicherung leisten. Es bleibt ohnehin unerfindlich, warum Nationen Wettbewerbsnachteile erleiden sollten, bloß weil sie die Fähigkeit zum sparsamen Umgang mit knappen Ressourcen erwerben und vertiefen. Am Ende könnte sich ein verblüffendes Showdown ergeben, bei dem sich nicht die Umweltautraisten, sondern die heutigen Umweltschurken als die wahren Umwelt- und Wettbewerbsdeppen herausstellen. Wer Klimawandel und Energiewende verschläft, könnte eines Tages beim Aufwachen feststellen, dass er auch den volkswirtschaftlichen Innovationspfad der Zukunft verfehlt hat.

Für unser Verhältnis zu Bush bedeutet dies eien radikal veränderte Argumentationsstrategie: Weder ökologischen Egoismus zu geißeln, noch ökologischen Altruismus zu predigen, sondern moderne Umweltpolitik als eine Strategie des aufgeklärten Eigennutzes zu propagieren. Vielleicht fänden wir damit auch bei den aufgeklärten Eliten Amerikas Gehör. AG

Keine Blockade der Ökosteuerfortentwicklung ab 2004, stattdessen besseres Marketing und bessere statistische Analyse der bis 2003 geltenden Ökosteuergetetze!

**Gespräch des FÖS-Vorstand am 27. Juni 2001 in Berlin
mit Staatssekretär Prof. Dr. Heribert Zitzelsberger**

Im Vorfeld der gemeinsamen Ökosteuertragung von Energieforum und Friedrich-Ebert-Stiftung trugen die FÖS-Vorstandsmitglieder Dr. Anselm Görres, Bettina Meyer und Kai Schlegelmilch dem Staatssekretär im Finanzministerium Überlegungen und Forderungen des FÖS zur aktuellen Ökosteuerdiskussion vor. Das sehr konstruktiv und freundschaftlich geführte Gespräch diente einerseits einer rückschauenden Zwischenbilanz, zum anderen der Übermittlung unserer Bitten und Forderungen an die Bundesregierung. Insbesondere standen die folgenden Punkte im Vordergrund:

- A. RÜCKSCHAU/ZWISCHENBILANZ: ÖKOSTEUER TROTZ ERFOLGEN NACH WIE VOR GEFÄHRDET**
- 1. ÖKOSTEUEREINFÜHRUNG IN DEUTSCHLAND: HISTORISCHER SCHRITT MIT ERSTEN GREIFBAREN WIRKUNGEN.....
- 2. ÖKOSTEUERREFORM LEIDET AN HALBHERZIGKEIT, KINDERKRANKHEITEN UND UNVERDIENTER UNPOPULARITÄT.....
- B. WÜNSCHE UND FORDERUNGEN DES FÖS AN DIE BUNDESREGIERUNG**
- 3. KONKRETE VORSCHLÄGE DES FÖS ZUR VERBESSERUNG DES „MARKETING“ DER ÖKOSTEUER

4. BESSERE NUTZUNG DER AMTLICHEN STATISTIK UND WISSENSCHAFTLICHER GUTACHTEN IN DER ÖKOSTEUERDEBATTE.....

Das Gespräch bestärkte uns insbesondere in unserer Einschätzung, dass derzeit weder grundlegende Änderungen der bestehenden Ökosteuergesetze noch eine konkrete Diskussion der Fortführung ab 2004 Priorität haben.

- Ökosteuer bis 2003: Aus nachvollziehbaren Gründen wird die Bundesregierung die bestehenden Regelungen in der laufenden Legislaturperiode allenfalls marginal anpassen. Zur Diskussion steht dabei noch eine Befreiung der erneuerbaren Energien. Der FÖS hält angesichts der ohnehin schon kontroversen Debatte nichts davon, ohne Not neue Diskussionen zu eröffnen.
- Ökosteuer ab 2004: Vor der Bundestagswahl 2002 ist mit einer konstruktiven Diskussion der Fortentwicklung der Ökosteuer nach 2003 nicht zu rechnen.
- Die Geltung der bestehenden Ökosteuergesetze bis Ende 2003 (und damit fast für ein Drittel der kommenden Legislaturperiode) bietet die politische Chance, im Wahlkampf eine Festlegung auf die Details einer Fortschreibung ab 2004 zu vermeiden. Bei einem Wahlsieg der bestehenden Koalition bestünde nach der Bundestagswahl ausreichend Zeit, die Folgestufen erheblich sorgfältiger vorzubereiten, als es im Winter 1989/99 der Fall war.

Damit geht es bis zur Bundestagswahl vor allem darum, Akzeptanz- und Sympathiewerbung für die Grundprinzipien der ökologischen Steuerreform zu betreiben und über die bestehenden Regelungen besser aufzuklären. Zugleich sind Freiheitsgrade für eine Fortentwicklung ab 2004 zu verteidigen.

A. *Rückschau/Zwischenbilanz: Ökosteuer trotz Erfolgen nach wie vor gefährdet*

Ökosteuer einföhrung in Deutschland: Historischer Schritt mit ersten greifbaren Wirkungen

Trotz aller gegenwärtigen Schwierigkeiten und Feindseligkeiten können wir feststellen: Keine Steuer hat den Weg vom Konzept zur Realisierung so schnell bewältigt wie die Ökosteuer:

- Erste, oft noch diffuse Konzepte in den 70er und 80er Jahren
- Politische Verbreitung und Konkretisierung in den 90er Jahren
- Europaweite Umsetzung und hohe Konvergenz auf Besteuerung von Energie- und CO₂-Emissionen Ende der 90er Jahre
- Einstieg am 1.4.1999 in Deutschland trotz aller Kinderkrankheiten gelungen und Teil einer gesamteuropäischen Entwicklung.

Mit der ÖSR-Gesetzgebung der rotgrünen Koalition wurden zugleich fundamentale Forderungen des FÖS erfüllt.

- Aufkommensneutralität und Entlastung des Faktors Arbeit durch Rückgabe der Ökosteuererträge an Bürger und Wirtschaft über Senkung der Sozialversicherungsbeiträge.
- Behutsamkeit und Berechenbarkeit durch schrittweise und maßvolle Erhöhung von Strom- und Mineralölsteuern.
- Erstmalige Besteuerung von Strom, erstmals ökologische Begründung der Besteuerung von Heizöl und Erdgas.
- Unter dem Strich nur geringe Mehrbelastung der Haushalte, doch mehr als kompensiert durch Entlastungen im Rahmen der allgemeinen Steuerreform. Eine Durchschnittsfamilie wird von der Steuerreform um rund 5000 DM im Jahr entlastet – dem stehen nur rund 500 DM Mehraufwand für die Ökosteuer gegenüber.
- Unter dem Strich Nettoentlastung der Wirtschaft durch reduzierte Steuersätze und Ausnahmeregelungen für energieintensive Unternehmen und Industrie, Bahn und Nahverkehr. Unternehmen tragen weniger als 40 Prozent der Ökosteuerlasten, erhalten aber 50 Prozent der Vorteile gesenkter Rentenbeiträge. Bereits im Jahr 1999 lag die Nettoentlastung bei 1-2 Mrd. DM, 2001 dürfte sie etwa 2-3 Mrd. DM ausmachen, im Jahr 2003 sogar rund 4 Mrd. DM.

Trotz europaweiter, antiökologisch-populistischer Initiativen (insbesondere im Sommer 2000) hielt die Bundesregierung an den Grundprinzipien der ÖSR fest. Insbesondere für diese Prinzipienfestigkeit dankt der FÖS dem Bundesminister der Finanzen. Die Erhöhung der Kilometer-Pauschalen ist ein ökologischer Rückschritt, die verkehrsmittelunabhängige Gestaltung aber ein Fortschritt für Umwelt und Steuersystem.

Von der öffentlichen Diskussion noch viel zu wenig anerkannt und beachtet, hat die ökologische Steuerreform bereits erste sichtbare Erfolge erzielt:

- Nach Jahren des kontinuierlichen Anstiegs zeigt der Treibstoffverbrauch eine rückläufige Entwicklung (-4 Prozent für 2000).¹ Besonders stark sank der Verbrauch von Benzin: Um etwa 12 Prozent in der Zeit vom 1. Halbjahr 1999 zum Vergleichszeitraum 2001.
- In der Werbung stellen Firmen wieder verstärkt Einspareffekte und Energieersparungen heraus. Nach Jahren des PS-Wahns in der Autobranche ist nach neuesten Umfragen der Treibstoffverbrauch wieder zum führenden Kaufkriterium geworden. Arbeitnehmer in Deutschland bilden verstärkt Fahrgemeinschaften.
- In Verbindung mit der Ökologischen Steuerreform wurden zugleich Fördermaßnahmen für Alternativenergien und Energieeinsparung ausgebaut. Deutschland ist heute Weltmarktführer bei Windenergie und beim Export von Windkraftwerken.
- In der Windenergie sind in den letzten Jahren 70.000 Arbeitsplätze entstanden – das ist etwa das Fünffache der Arbeitsplätze in der Kernenergie.
- Dass Deutschland innerhalb der Weltgemeinschaft eine Vorreiterrolle beim Erreichen der Ziele des Kyoto-Abkommens spielt, ist nicht zuletzt ein Verdienst der Ökosteuerreform.

Unbestreitbar ist, dass die Wirkung der Ökosteuerereinführung in den letzten zwei Jahren überlagert wurde von einem starken Anstieg der Weltenergiepreise, was auch zu negativen Wirkungen auf Konjunktur und Inflation führte. Demgegenüber ist festzuhalten, dass gerade durch die Ökosteuer die Abhängigkeit von Energieimporten und die Inflationsbelastung reduziert wird. Eine frühere Einführung der Ökosteuer, die jahrelang von der konservativ-liberalen Koalition blockiert wurde, hätte Deutschland weit weniger anfällig gegen OPEC-Strategien und Weltmarktpreisen gemacht.

An dieser Stelle ist an das „Belastungsparadox der Ökosteuer“ zu erinnern: Nicht die Ökosteuer, sondern hohe Energiepreise auf den Weltmärkten belasten die deutsche Wirtschaft - im übrigen ebenso unsere Wettbewerbersländer. Ökosteuern dagegen zahlen Wirtschaft und Bürger letztlich an sich selbst, denn die Erträge dieser Steuer werden über geringere Sozialabgaben wieder „recycelt“.

Dagegen belasten höhere Ausgaben für Energieimporte nicht nur die Handelsbilanz, sondern die gesamte deutsche Ökonomie. Diese reale Belastung wird durch Ökosteuern gebremst, denn Ökosteuern gehen zu Lasten der Preiserhöhungsspielräume der OPEC und der Ölkonzerne. Höhere Ökosteuern bedeuten somit letztlich keine höhere, sondern eine geringe Energiepreisbelastung der deutschen Volkswirtschaft im internationalen Wettbewerb!

Ökosteuerreform leidet an Halbherzigkeit, Kinderkrankheiten und unverdienter Unpopularität

Die sehr kurzfristige Entwicklung der ÖSR-Reform im Winter 1998/1999 hatte unvermeidlich Schwächen und „Kinderkrankheiten“ im Gefolge.

- Die Ökosteuergesetzgebung leidet an administrativen und bürokratischen Schwächen. Beispielsweise: Die Ausnahmeregelungen für energieintensive Branchen knüpfen am Beschäftigungsstand 1998 an und würden langfristig kontraproduktiv für den Arbeitsmarkt wirken.
- Die lediglich einmalige Erhöhung 1999 der Steuersätze von Heizöl und Erdgas nimmt gerade den Sektor Heizung von den notwendigen Sparimpulsen aus und verzerrt den Wettbewerb zwischen den E-

1

Da die Ökosteuer nur für den kleineren Teil der Energiepreissteigerungen „verantwortlich“ ist, ist dies auch nur teilweise ein Erfolg der Ökosteuer. Es macht aber deutlich, dass – entgegen vielfachen Behauptungen – die Energienachfrage nicht preisunelastisch ist. Als Marktwirtschaftler überrascht uns das nicht besonders. Preise funktionieren eben doch...

nergieträgern. Nirgendwo bestehen höhere Einsparpotentiale als in diesem Sektor, der etwa 25 % des Inlandsabsatzes von Mineralölprodukten ausmacht (1. Halbjahr 2001).

- Das fiskalisch und europapolitisch nachvollziehbare Motiv der einheitlichen Besteuerung des Stroms „nach der Erzeugung“ verhindert bisher die Freistellung von Alternativenergien.
- Die pauschalen Ausnahmen für den gesamten Industriesektor sind zu großzügig, mindern den ökologischen Einsparanreiz, schaffen schwierige Abgrenzungsprobleme und sind europapolitisch fragwürdig.

Aus Sicht des FÖS sollten gerade diese in der Gesetzgebungsphase missglückten Elemente möglichst bald revidiert werden. Realistischerweise sind Änderungen der bestehenden Ökosteuergesetze vor 2003 kaum zu erwarten. Umso wichtiger ist eine Vorbereitung konkreter Verbesserungen für die Zeit danach.

Der aus Sicht des FÖS trotz aller Mängel insgesamt geglückte Einstieg hat in breiten Teilen der Öffentlichkeit noch längst nicht die verdiente Anerkennung gefunden.

- In Meinungsumfragen sprechen sich leider häufig Mehrheiten der Befragten für die Abschaffung der Ökoststeuer aus. Generell gilt: Alle beklagen sich über die gestiegenen Belastungen, kaum einer erkennt die damit einher gehenden Entlastungen an.
- Wesentliche Teile der Wirtschaftsverbände, konservativen Presse und bürgerlichen Parteien lasten der Ökoststeuer Wettbewerbsprobleme, Inflationswirkungen und Mittelstandsbelastungen an – überwiegend faktenwidrig, aber nichtsdestoweniger öffentlichkeitswirksam. Dass ein Großteil der aktuellen Energiepreissteigerung nicht von der Ökoststeuer, sondern von Euroschwäche, Mineralölkonzernen, OPEC-Strategien und weltweiter Energieverknappung verursacht wird, fällt dabei meist unter den Tisch.
- Die Oppositionsparteien, Union und FDP, haben alle früheren programmatischen Aussagen zugunsten einer ökologischen Besteuerung zu den Akten gelegt und üben sich in einer Totalopposition, bei der sie sich kurioserweise sogar mit der PDS treffen.
- Auch einige führende SPD-Politiker befürworten ein Einfrieren der Ökoststeuer nach 2003.
- Trotz prinzipiellen Festhaltens an der Ökoststeuer tritt (verständlicherweise) auch eine nach wie vor nur knapp über der 5-Prozent-Hürde oszillierende Grüne Partei für eine ÖSR-Fortsetzung nach 2003 nur sehr verhalten ein.
- Das nicht zuletzt vom FÖS erhoffte Bündnis pro ÖSR zwischen rotgrünen Reformern und aufgeklärten bürgerlichen Eliten ist bisher nicht einmal ansatzweise zustande gekommen.
- Auch innerhalb der Gewerkschaften hat die Fortsetzung der ökologischen Steuerreform keine erkennbare Priorität. Insgesamt stehen die Gewerkschaften aber erfreulicherweise noch hinter der Reform.
- Die Nutzung der Ökoststeuererträge zur Senkung der Rentenbeiträge und die damit verbundene Erfüllung des Postulats der Aufkommensneutralität stößt in der Öffentlichkeit nicht auf Gegenliebe. Selbst vielen Befürwortern der Ökoststeuer fällt es schwer, der Polemik „Tanken für die Rente“ oder der Forderung nach Verwendung der Ökoststeuererträge für Umweltprojekte etwas entgegen zu setzen.

Doch gerade unter diesen schwierigen Rahmenbedingungen der öffentlichen Diskussion erwartet der FÖS von beiden die Regierung tragenden Parteien eine offensive Verteidigung und Fortentwicklung der ökologischen Steuerreform. Dies gilt sowohl für die verbleibende Zeit innerhalb der ersten Phase der deutschen ÖSR wie für die Diskussion um eine Fortsetzung nach 2003.

B. Wünsche und Forderungen des ÖFS an die Bundesregierung

Vor der Bundestagswahl ist weder mit nennenswerten Änderungen der bis 2003 geltenden Regelungen, noch mit einer vernünftigen Diskussion einer Lösung ab 2003 zu rechnen. Aus Sicht des FÖS ergeben sich aus dieser Situation folgende Forderungen an die Bundesregierung:

- Der FÖS erwartet von der Bundesregierung zum jetzigen Zeitpunkt keine detaillierten Vorschläge zu Form und Umfang einer Fortsetzung der Ökoststeuer ab 2004. Wir erwarten aber, dass allen Vorschlägen zum Einfrieren oder gar Abschaffen der Ökoststeuer entschieden entgegengetreten wird.
- Die bis zum Wahltag verbleibende Zeit ist intensiv zu nutzen, um die Aufklärung über die bestehende Ökoststeuerreform und das grundsätzliche Konzept der Ökoststeuer zu verbessern.

- Weil die bestehende Ökosteuergesetzgebung noch etwa 15 Monate in die nächste Legislaturperiode hereinragt, sollte die breite gesellschaftliche Diskussion einer konstruktiven Fortsetzungslösung auf die Zeit nach der Bundestagswahl vertagt werden.

Insgesamt geht es uns darum, für eine Ökosteuerpolitik nach 2002 bzw. 2003 möglichst große Freiheitsgrade zu erhalten. Um die sich aus dieser Situation ergebenden Chancen optimal zu nutzen, haben wir eine Reihe von Vorschlägen präsentiert.

Konkrete Vorschläge zur Verbesserung des „Marketing“ der Ökosteuer

Angesichts der geschilderten Situation und der starken Widerstände gegen die Ökosteuer erwartet der FÖS, dass die Bundesregierung verstärkte Anstrengungen zum „besseren Verkaufen“ des Gesetzgebungspakets unternimmt. Hierzu regen wir an

- Die Ökosteuer darf nicht isoliert dargestellt werden, sondern als Herzstück eines energie- und klimapolitischen Gesamtpakets. Der Gesamtzusammenhang von Ökosteuer, Fördermaßnahmen für Alternativenenergien und Kraftwärmekopplung und anderen energiepolitischen Maßnahmen der Bundesregierung wird viel zu wenig herausgestellt. Dabei sollte die inhaltliche Verbindung sowohl über die fiskalischen wie auch über die erwarteten CO₂-Effekte erfolgen. In der politischen Argumentation hätte dies auch den Vorteil, die nicht überall akzeptierte Verknüpfung von Ökosteuer und Rente etwas aufzulockern.
- Insgesamt müssen die eingesetzten Mittel gesteigert und professionalisiert werden. Es gibt viele vernünftige Ansätze bei BMFi, BMU, UBA und auch indirekt durch Förderung von Ökosteueraktivitäten von NGOs. Doch verdient das Jahrhundertthema Ökosteuer – gerade weil es nicht automatisch populär sein kann – nicht wirklich die best mögliche und professionellste Öffentlichkeitsarbeit? Wir würden es daher begrüßen, wenn die Bundesregierung eine renommierte Werbeagentur für dieses Thema engagieren würde.
- Die vielfach als „familienfeindlich“ verteufelte Ökosteuer muss emotional mit dem Thema Familie verknüpft werden. 500 DM im Jahr – das ist eine Eistüte am Tag und soviel sollte uns die Zukunft unserer Kinder wert sein. So erscheint es durchaus bedenkenswert, künftige Kindergelderhöhungen argumentativ mit der Ökosteuer zu verbinden.
- Gezielte Aufklärung und „Sympathiewerbung“ für die Ökosteuer muss auch und gerade auf die Wirtschaft zielen. Die Wirtschaftsverbände und Kammern kritisieren heute vielfach die Ökosteuer, obwohl viele ihrer Mitgliedsunternehmen in der jeweiligen Branche oder Region zu den Nettogewinnern der Ökosteuerreform zählen. Von außen zumindest ist nicht erkennbar, dass die Bundesregierung ihre häufig sehr guten Beziehungen zu Repräsentanten der Wirtschaft auch einmal dazu nutzt, etwas mehr Verständnis für die Ökosteuer einzufordern. Eine Regierung, die es in der Ausländerpolitik, bei der Gentechnik oder beim Bündnis für Arbeit verstanden hat, über die Regierungsparteien hinaus politische oder gesellschaftliche Koalitionen zu schmieden, sollte diese Fähigkeit auch im Dienst des Klimaschutzes und des ökologischen Wandels einsetzen.

Man kann nicht erwarten, dass der kleine Mann die Ökosteuer bejubelt. Was man fordern und erwarten kann, ist Einsicht der Regierung dafür, dass die politische Stabilisierung und Fortsetzung der Ökosteuer eine Art Bündnis aufgeklärter Eliten erfordert, das über die Grenzen der Regierungskoalition hinaus ins „bürgerliche Lager“ hinein wirken muss. Genau dieses Bündnis aufgeklärter Eliten zugunsten der Ökosteuer war und ist ein erklärtes Ziel des FÖS, doch unsere Möglichkeiten sind ein klein wenig beschränkter als die der Bundesregierung...

Bessere Nutzung der amtlichen Statistik und wissenschaftlicher Gutachten in der Ökosteuerdebatte

Das sachliche Eingehen auf die Argumente der Ökosteuergegner würde erheblich erleichtert, wenn eine Reihe von Informationen besser verfügbar wäre. Die Ökosteuerdebatte wirft zum Teil völlig neue Perspektiven bei der Auswertung von volkswirtschaftlichen und branchenbezogenen Daten auf, auch ungewohnte Abgrenzungen von Branchen und Industriezweigen. Typisch für die Situation ist, dass für Daten von elementarer Wichtigkeit – etwa die volkswirtschaftlichen Kosten des Auto-

verkehrs – oft nur Auswertungen kleiner, engagierter Institute vorliegen, aber keine umfassenden Studien renommierter Forschungseinrichtungen oder amtlicher Stellen.

Im einzelnen schlagen wir vor:

- Die von Prof. Lorenz Jarass² entwickelte und von der OECD und Eurostat über viele Jahre veröffentlichte Analyse der Abgabenbelastung nach Produktionsfaktoren (Arbeit, Natur, Kapital, Neutral) sollte fester Bestandteil der amtlichen deutschen Statistik werden.
- Die konventionell-volkswirtschaftlichen, insbesondere die von staatlichen Stellen getragenen Kosten der Verkehrssysteme sind bisher nur ansatzweise erfasst worden. Aus umwelt-, aber auch aus verkehrspolitischen Gründen ist hier mehr Transparenz für eine rationale Politikdiskussion unerlässlich. Schon seit Herbst 2000 fordert der FÖS von der Bundesregierung einen jährlichen Verkehrskostenbericht.
 - Eine volle Erfassung würde mit hoher Wahrscheinlichkeit deutlich machen, dass wir auch bei der heutigen Mineralölsteuer erst ansatzweise von einer Umweltsteuer sprechen können, da die Mineralölsteuererträge vermutlich die konventionellen Vollkosten des Verkehrssystems Straße bei weitem nicht abdecken.
 - Ein solcher Verkehrskostenbericht wäre auch eine adäquate Antwort auf die abwegige Kritik, Autofahrer müssten je Energie- oder CO₂-Einheit die höchste Steuerbelastung tragen. Dabei wird übersehen, dass Treibstoffsteuern schon Jahrzehnte vor jeder Ökosteuerdiskussion ein international verbreitetes Mittel der indirekten Straßenfinanzierung waren.
 - Aus fiskalischer Sicht ist dabei wichtig, dass auch ökologisch weniger bedenkliche Treibstoffe (etwa Biogas oder Pflanzenöl) natürlich nur als temporäre Fördermaßnahme, nicht aber dauerhaft von jenem Teil der Treibstoffbesteuerung ausgenommen werden können, der der Verkehrskostendeckung dient.
- Als Einmalanalyse wäre ein Gutachten, das die Be- und Entlastungseffekte der Ökosteuern nach Branchen und Regionen aufschlüsselt, eine große Hilfe – sicherlich auch mit Blick auf die anstehenden Wahlkampfauseinandersetzungen. Wegen der insgesamt positiven Nettobelastung des Unternehmenssektors – so unsere Hypothese – dürften nur sehr wenige Branchen bzw. Regionen zu den Nettoverlierern der Ökosteuern zählen.

Da die Ökosteuern mit hoher Wahrscheinlichkeit im bevorstehenden Wahlkampf eine der Hauptzielscheiben bilden wird, müssten Auswertungen und Analysen, die dabei eine hilfreiche Rolle spielen können, möglichst rasch veranlasst werden.

2. ÖSR-DISKUSSION IN DEUTSCHLAND

Grüne stehen zur Ökosteuern und fordern Weiterführung

Am 2.7. hat der ordentliche Parteirat der Grünen seine Vorstellungen zur Fortentwicklung der Ökologischen Steuerreform unter dem Titel „Beschluss: Ökologisch Steuern für den Klimaschutz - Deutschlands internationale Verantwortung wahrnehmen“ vorgelegt. Darin fordern sie die Weiterführung der Ökosteuern über 2003 hinaus. Im Anschluß daran hat der FÖS folgende Pressemitteilung herausgegeben, die u.a. im Tagesspiegel und in der Welt vom 3.7.01 erschien:

Unternehmer und Förderverein Ökosteuern begrüßen Fortentwicklung der Ökologischen Steuerreform über 2003 hinaus (Pressemitteilung des FÖS vom 02.07.2001)

Die heute vorgelegten Vorstellungen von Bündnis 90/Die Grünen zur Fortentwicklung der Ökologischen Steuerreform über 2003 hinaus werden vom Förderverein Ökologische Steuerreform (FÖS) e.V. grundsätzlich begrüßt. "Es ist ein richtiger und wichtiger Schritt, dass sich jetzt wenigstens ein Koalitionspartner für eine Fortentwicklung der Ökologischen Steuerreform auch über 2003 hinaus ausgesprochen hat", sagte Dr. Anselm Görres, der Vorsitzende des FÖS. Die Diskussion über ein mögliches, gar vorzeitiges Ende der Ökologischen Steuerreform habe eher zu Verunsicherung geführt, als zu verlässlicheren Rahmenbedingungen. Der FÖS erwarte aber auch von SPD und insbesondere von Bundeskanzler Schröder ein klares Be-

²

Nicht ohne etwas Stolz dürfen wir darauf hinweisen, dass FÖS-Vorstandsmitglied Kai Schlegelmilch an diesen Projekten beteiligt war.

kenntnis zur Fortführung der „Jahrhundertreform Ökosteuern“ nach 2003. Es könne nicht sein, dass sich in dieser Frage von großer Zukunftsbedeutung der größere Koalitionspartner hinter dem kleineren verstecke.

"Nur so können sich Unternehmer, aber auch Verbraucher und Autofahrer bei ihren Investitions- und Kaufentscheidungen rechtzeitig auf langfristig weiter steigende Energiepreise einstellen. Damit werden schon heute umweltverträgliche und energiesparende Technologien wettbewerbsfähig. Anstatt das reformbedürftige Rentenversicherungssystem mit dem Ökosteueraufkommen zu finanzieren, sollte den BürgerInnen der Ökosteuersatz bei der Lohn- oder Einkommensteuer zurückerstattet werden. Dies würde auch zu einer wesentlich größeren Akzeptanz gegenüber der Ökologischen Steuerreform bei den Bürgern führen", betonte Dr. Christof Zschocke, Bundesvorsitzender vom Bund Junger Unternehmer.

Dr. Görres zeigte als Beispiele auf: "Allein die Neuzulassungen von 3- und 5-Liter-Autos haben in den vergangenen drei Jahren stark zugenommen. In der gesamten Wirtschaft hat die Ökosteuern zu mehr Innovationen bei energieeffizienten Technologien geführt und zugleich geholfen, den Benzinverbrauch um rund 12 Prozent im ersten Halbjahr 2001 gegenüber dem gleichen Zeitraum 1999 zu reduzieren. Damit bewirkt die Ökologische Steuerreform erste positive Effekte für Umwelt und Wirtschaft."

Entscheidend sei, dass die gesellschaftliche Diskussion über hohe Energiepreise genutzt werde, um durch höhere Energieeffizienz und den Einsatz von Erneuerbaren Energien unabhängiger von fossiler Energie zu werden. Nur wenn jeder Einzelne die Einsparmöglichkeiten und die Potenziale für den Einsatz energieeffizienter Geräte und Autos in seinem persönlichen Umfeld erkennt und ausschöpft, werden innovative Produkte und Unternehmen davon profitieren. Zu langfristig steigenden Energiepreisen gebe es, so der FÖS, im übrigen gar keine Alternative, da auch die Rohstoffe langfristig immer knapper werden. Je früher sich daher eine Gesellschaft darauf einstelle, desto eher könne sie energiesparende Produkte entwickeln und auch exportieren.

Kurzbeschreibung des FÖS

Der Förderverein Ökologische Steuerreform e.V. (FÖS) wurde 1994 als überparteiliche Initiative gegründet. Er umfasst Unternehmer, Wissenschaftler, Vertreter aller Parteien, Umweltverbände und engagierte Einzelpersonen und tritt für eine behutsame, aber langfristig angelegte Ökologische Steuer- und Finanzreform ein. Für Rückfragen können Sie die folgenden Vorstandsmitglieder des FÖS ansprechen:

Herrn Dr. Anselm Görres: Tel.: 089-520113-13

Herrn Kai Schlegelmilch: Tel.: 030-28550-2452

Frau Bettina Meyer: 0431-988-7217

Benzinabsatz geht deutlich zurück

Wie der Mineralölwirtschaftsverband mitteilt, ist der Benzinverbrauch in der ersten Hälfte dieses Jahres deutlich gesunken. Als Gründe werden zum einen ein sparsameres Fahrverhalten, aber auch geringere Verbrauchswerte der Neufahrzeuge angegeben (MWV aktuell 6/01, 29.06.01).

Der Benzinverbrauch ist in den ersten sechs Monaten dieses Jahres deutlich zurückgegangen. Lag er im ersten Halbjahr 2000 noch bei 14,2 Millionen Tonnen, sank er in diesem Jahr nach ersten Berechnungen des Mineralölwirtschaftsverbandes auf 13,1 Millionen Tonnen. Das entspricht einem Rückgang um fast acht Prozent. Noch deutlicher wird der Absatzrückgang im Zweijahresvergleich. Gegenüber dem ersten Halbjahr 1999 verringerte sich der Benzinabsatz im entsprechenden Vergleichszeitraum dieses Jahres um rund zwölf Prozent. Auch Dieselkraftstoff verzeichnete im ersten Halbjahr 2001 einen Absatzrückgang. Mit 13,4 Millionen Tonnen wurden 2,2 Prozent weniger getankt als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Somit lag der Kraftstoffabsatz für den Straßenverkehr insgesamt um fünf Prozent unter dem des ersten Halbjahrs 2000. Gründe für den deutlichen Absatzrückgang sind sparsameres Fahrverhalten und geringere spezifische Verbrauchswerte der Neufahrzeuge. Im Luftverkehr ging der Verbrauch ebenfalls zurück. Mit 3,4 Millionen Tonnen lag der Absatz an schwerem Flugturbinenkraftstoff um knapp zwei Prozent unter dem der ersten sechs Monate des Vorjahres. Trotz dieser Rückgänge bei den Kraftstoffen lag der Inlandsabsatz von Mineralölprodukten nach ersten Berechnungen des Mineralölwirtschaftsverbandes insgesamt mit 57,4 Millionen Tonnen um ein Prozent über dem des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf die Nachfrage nach leichtem Heizöl zurückzuführen. Sie stieg um über 17 Prozent auf 14,3 Millionen Tonnen. Hier zeigt sich allerdings ein Basiseffekt, da der Heizölabsatz in den ersten sechs Monaten des vergangenen Jahres gegenüber 1999 um über 20 Prozent zurückgegangen war und somit auf einem sehr niedrigen Niveau lag. Die Absatzsteigerung im laufenden Jahr spiegelt keine deutliche Bestandsaufstockung durch die Heizölverbraucher wider. Angesichts des immer noch hohen Preisniveaus werden wie bereits im vergangenen Jahr kleinere Mengen getankt und die Heizöltanks nur teilweise gefüllt. Eine deutliche

Absatzzunahme verzeichnete auch das schwere Heizöl. Die Nachfrage nach diesem Produkt stieg um rund 15 Prozent auf 3,4 Millionen Tonnen. Zu diesem Anstieg hat im Wesentlichen eine erhöhte Nachfrage aus der Chemischen Industrie beigetragen, deren Einsatz von schwerem Heizöl und anderen Rückständen zur chemischen Weiterverarbeitung zunahm. Dagegen ging der Einsatz von Rohbenzin zurück, so dass die Nachfrage nach Naphtha im ersten Halbjahr 2001 mit 7,6 Millionen Tonnen um über sieben Prozent unter der des ersten Halbjahres 2000 lag.

Inlandsabsatz von Mineralölprodukten (in 1000 Tonnen)

	1. Halbjahr 2001 *)	1. Halbjahr 2000	Veränderung 1. Hj. 2001/2000 in %
Ottokraftstoff	13.100	14.227	-7,9
Dieselmkraftstoff	13.400	13.696	-2,2
Heizöl, leicht	14.300	12.210	17,1
Heizöl, schwer	3.400	2.950	15,3
Rohbenzin	7.600	8.196	-7,3
Flugturbinenkraftstoff (schwer)	3.400	3.411	-1,9
Sonstige Produkte	4.500	4.704	-4,3
Insgesamt, brutto	59.700	59.394	0,5
Doppelzählung aus Recycling	2.300	2.535	-9,3
Inlandsabsatz, netto	57.400	56.859	1,0

*) vorläufig.

Gerhard Schröder schließt Ökosteuer nach 2003 aus

Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) hat eine Erhöhung der Ökosteuer nach dem Jahr 2003 kategorisch ausgeschlossen. "Wir haben die weiteren Schritte bis 2003 beschlossen. Darüber hinaus gibt es nach meiner Meinung ökonomisch keinen Spielraum für weitere Ökosteuerschritte," sagte Schröder in einem Interview mit der "Berliner Zeitung" am 09.06.2001.

http://www.bertinonline.de/wissen/berliner_zeitung/archiv/2001/0609/collik/0079/index.html?keywords=Interview%20mit%20Sch%20r%20der&ok=OK%21&match=strict&author=&ressort=&von=9.6.2001&bis=9.6.2001&mark=interview%20schr%20mit%20schr%20der

Benzinpreise drohen zu explodieren; Wirtschaftsforscher uneins in Bewertung der Ökosteuer

Führende deutsche Wirtschaftsforscher sind sich uneinig über die Entwicklung der Benzinpreise. Auch die Beurteilung der Erhöhung des Benzinpreises durch die nächste Ökosteuer-Stufe Ende des Jahres fällt bei den Forschungsinstituten sehr unterschiedlich aus (Berliner Zeitung 05.06.2001).

http://www.bertinonline.de/wissen/berliner_zeitung/archiv/2001/0605/wirtschaft/0104/index.html?keywords=%20D%20kosteuer&ok=OK%21&match=strict&author=&ressort=&von=5.6.2001&bis=5.6.2001&mark=%20F%20kosteuer

Unternehmer fordern mehr Klimaschutz durch steuerliche Anreize

Steuerliche Anreize sind das beste Mittel, um mehr Klimaschutz zu erreichen. Zu diesem Ergebnis kommt die Mehrheit der Befragten des aktuellen Kohtes Klewes-Meinungsbarometer Opinion Leader (Juni 2001). Innerhalb des Meinungsbarometers werden Fragen nach der Bewertung der Ökosteuer, der Notwendigkeit von Vorgaben durch den Staat, den Emissionshandel und ähnliche Themen beleuchtet.

84 Prozent der Meinungsbildner sprechen sich dafür aus, klimarelevante Unternehmensaktivitäten steuerlich positiv zu unterstützen oder negativ zu sanktionieren, wie z.B. durch die Ökosteuer. Für das Meinungsbarometer Opinion Leader werden im Auftrag der Kommunikationsberatung Kohtes Klewes regelmäßig 250 hochrangige Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft und Medien vom Bielefelder Forschungsinstitut Emnid befragt.

Rund zwei Drittel der Befragten sehen aber auch eine Möglichkeit darin, dass sich die Wirtschaft zu Klimaschutzziele selbstverpflichtet. Ebenso viele (64 Prozent) meinen hingegen, dass der Staat Vorgaben durch Gesetze und Verordnungen erlassen sollte. Den viel diskutierten Emissionshandel halten nur etwas über die Hälfte der Meinungsbildner für eine gute Lösung. Dabei erhalten Unternehmen ein festgesetztes Kontingent für ihre Kohlendioxidemissionen und können dann mit Überschüssen oder Unterschreitungen untereinander handeln. Dazu Gregor Schönborn, CEO (Chief Executive Officer) von Kohtes Klewes: "Emissionshandel ist eine marktwirtschaftliche Option, die von Politik und Wirtschaft vorangetrieben wird. Über die Vorteile scheinen aber noch zu wenige informiert zu sein. Hier muss in Zukunft klarer und offensiver kommuniziert werden."

Die Industriebranchen mit verhältnismäßig hohem Energieverbrauch sind besonders aktiv im Klimaschutz. Diese Einschätzung teilen rund zwei Drittel der Befragten. Ganz vorne liegen dabei die Energieerzeuger, die Automobilbauer und die Chemieindustrie. Die Entsorgungsbranche engagiert sich nach Meinung von 64 Prozent der Meinungsbildner ebenfalls sehr für den Klimaschutz, zum Beispiel durch verstärktes Recycling zur Abfallvermeidung und die Bemühungen um saubere Müllverbrennungsanlagen.

Andere Branchen stellen ihren Einsatz für den Klimaschutz noch zu wenig dar. So bewerten die Meinungsbildner das Engagement der Bauindustrie vergleichsweise niedrig (40 Prozent), obwohl die Branche mit Wärmedämmung und Niedrigenergie-Baukonzepten schon seit längerem wesentliche Beiträge leistet. Ebenso ergeht es der Informationstechnologie- und Telekommunikationsbranche (39 Prozent), auch wenn durch sie auf viele emissionsintensive Transportwege verzichtet werden kann.

Alle Ergebnisse und die grafische Aufbereitung des aktuellen Meinungsbarometer Opinion Leader finden Sie im Internet unter:

http://www.agenturcafe.de/KohtesKlewes/downloads/MB15_Teil2.pdf

„Mobilität muss bezahlbar bleiben“

Die Hauptversammlung des Deutschen Automobil-Clubs (ADAC) stand unter dem Motto „Mobilität muss bezahlbar bleiben“. Der Automobilclub forderte eine Abschaffung der Ökosteuer, einen Preisstopp bei Kraftstoffen und verstärkte Investitionen in den Straßenbau (Süddeutsche Zeitung 14.5.01).

http://szarchiv.diz-muenchen.de/REGIS_A12302141

Das Volk ruft nach Benzin

Im Streiflicht vom 25.4.01 beleuchtet die Süddeutsche Zeitung auf ironische Weise die Tatsache, dass billiges Benzin offensichtlich in Deutschland zu den Grundbedürfnissen zählt

http://szarchiv.diz-muenchen.de/REGIS_A12204584

Drei Wegelagerer – welcher schmerzt uns am wenigsten?

Wolfgang Wiegard, Professor am Institut für Volkswirtschaftslehre an der Universität Regensburg und Beiratsmitglied des FÖS, beleuchtet in seinem Artikel die Schuldzuweisungen bei den steigenden Benzinpreisen und die Folgen einer Abschaffung der Ökosteuer (Artikel von Wolfgang Wiegard – Mitglied des Sachverständigenrates - erschienen in der Mittelbayrischen Zeitung im April 2001).

Die Benzinpreise steigen und steigen. Ein Liter Normalbenzin kostete Anfang April 1999 im Bundesdurchschnitt DM 1,62, ein Jahr später waren es DM 1,86, Anfang März dieses Jahres dann rund DM 2,00 und am letzten Wochenende etwa DM 2,14. Entwarnung ist nicht in Sicht; die Verbraucher werden sich für einige Zeit wohl an diese Preise gewöhnen müssen.

Wenn die Mineralölpreise steigen, lassen die Schuldzuweisungen nicht lange auf sich warten. Die üblichen Verdächtigen sind: das Kartell erdölexportierender Länder (OPEC), die Mineralölkonzerne und die Bundesregierung. Dabei schiebt jeder die Schuld auf den anderen. Den Ölmultis wird vorgeworfen, aus Profitgier die Preise abzusprechen und immer weiter zu erhöhen. Die OPEC wird beschuldigt, durch die Drosselung der Fördermengen die Weltmarktpreise hoch zu halten. Die Hauptverantwortung sehen viele allerdings bei der Bundesregierung, die durch Einführung und mehrmalige Erhöhung der Ökosteuer die Preistreiber in Gang gesetzt haben soll.

Was kann man tun? Die OPEC kann man nicht zwingen, ihre Förderpolitik zu ändern. Auch der Einfluss auf die Konzerne ist gering; wettbewerbsbeschränkende Absprachen sind nicht nachzuweisen und von Maßhalteappellen allein dürften sie sich kaum beeinflussen lassen. Also wird die Bundesregierung unter Druck gesetzt. Vor allem die Opposition fordert vehement, die Ökosteuer ganz abzuschaffen. Vorgeschlagen wird

auch, die Mineralölsteuer zumindest während der Ferienzeit zu senken.

Tatsache ist, dass die steuerliche Belastung des Benzinverbrauchs erheblich ist. Seit dem 1. Januar 2001 beträgt die Mineralölsteuer pro Liter unverbleiten Benzins DM 1,16. Bei einem Endverbraucherpreis von DM 2,14 kommen noch einmal 29,5 Pfennig an Mehrwertsteuer hinzu, so dass der Steueranteil fast 70 Prozent des aktuellen Benzinpreises ausmacht. Das gesamte Aufkommen aus der Mineralölsteuer belief sich im Jahre 2001 auf stolze 74 Mrd. DM. Nun kann man dies nicht allein der rot-grünen Regierung in die Schuhe schieben. Zwar hat diese die Mineralölsteuer für Normalbenzin während ihrer Amtszeit in drei Schritten um insgesamt 18 Pfennig erhöht. Aber auch die ehemalige CDU-CSU-FDP-Bundesregierung war nicht gerade zimperlich. Zum 1. Juli 1991 hatte sie die Mineralölsteuer um 12 Pfennig angehoben und zum 1. Januar 1994 dann auf einen Schlag noch einmal um 16 Pfennig pro Liter Normalbenzin. Das Spiel ist immer das Gleiche: Die jeweilige Opposition wirft der Regierung „Abzockerei“ vor – will davon aber nichts mehr wissen, wenn sie dann selbst an der Regierung ist.

Wichtiger und interessanter als diese wohl oder übel zum politischen Tagesgeschäft gehörenden gegenseitigen Vorwürfe ist die Frage, ob eine Senkung oder gar Abschaffung der Ökosteuer zum gegenwärtigen Zeitpunkt ökonomisch sinnvoll ist. Angenommen, der Finanzminister würde dem Drängen der Opposition in einer schwachen Stunde nachgeben und den von der Koalition zu verantwortenden Anstieg der Mineralölsteuer rückgängig machen. Die größte Freude würde er damit sicherlich der OPEC und den Mineralölkonzernen machen, denn deren Gewinne würden dadurch ansteigen. Man kann sich das folgendermaßen vorstellen: Auf dem Weg vom Bohrloch zur Tankstelle wird der Transport von Rohöl an drei Stellen von Wegelagerern aufgehalten und erst nach Zahlung eines Lösegelds freigegeben. Die drei Wegelagerer stehen bildlich für die OPEC, die Ölmultis und den Fiskus; die Gewinne und Steuern entsprechen dem Lösegeld. Je mehr der eine Wegelagerer kassiert, desto weniger bleibt für die beiden anderen übrig. Oder andersherum: Wenn einer auf sein Lösegeld verzichtet, werden die beiden anderen ihre Forderungen erhöhen. Man könnte nun meinen, dass es dem Verbraucher gleichgültig sein sollte, von wem er ausgenommen wird, vorausgesetzt natürlich, die Höhe des Lösegelds ist dieselbe. Das wäre aber ein Trugschluss. Von den Gewinnen, die an die Ölscheichs gehen, hat er überhaupt nichts. Dasselbe gilt für die Gewinne, die die Ölkonzerne einstreichen. Hingegen kommt ihm der Teil, den er in Form von Mineralölsteuern an den Staat abführen muss, im Endeffekt wieder zugute. Konkret wurde das Aufkommen aus der Ökosteuer verwendet, um die Beiträge zur Rentenversicherung von 20,3 Prozent im Jahre 1998 auf gegenwärtig 19,1 Prozent zu senken. Würde die Ökosteuer also abgeschafft, müssten entweder die Sozialversicherungsbeiträge wieder angehoben oder aber andere Steuern erhöht werden. Die Benzinpreise würden außerdem keineswegs um die reduzierte Mineralölsteuer, also um 18 Pfennig sinken, sondern höchstens um einige wenige Pfennige. Die Differenz würde in Form höherer Gewinne in die Taschen der OPEC oder die der Konzerne fließen. Etwas überspitzt sieht sich der Verbraucher mit der Frage konfrontiert, wem er sein Geld lieber gibt: dem Finanzminister, der damit im Gegenzug den Rentenbeitragssatz senken kann, oder den Ölscheichs, damit diese ihr Vermögen vergrößern. Los wird er sein Geld in jedem Fall; aber einmal bekommt er etwas dafür, das andere Mal nicht.

Es gibt noch weitere Gründe, warum die Mineralölsteuer nicht gesenkt bzw. die Ökosteuer nicht abgeschafft werden sollte. Mit dem Verbrauch von Heiz- und Kraftstoffen geht der Ausstoß von Kohlendioxid (CO₂) einher. CO₂-Emissionen sind aber die Hauptursache für das Klimaproblem. Die Ökosteuer trägt dazu bei, dass tendenziell weniger Energie verbraucht und weniger CO₂ ausgestoßen wird. Unter Umweltgesichtspunkten ist die Ökosteuer also eine „gute“ Steuer. Sie ist nicht ideal, weil sie nicht direkt am CO₂-Ausstoß anknüpft, sondern nur indirekt über die Belastung des Energieverbrauchs, aber sie ist eine akzeptable Ersatzlösung. Jedenfalls passt es nicht zusammen, wenn man für einen stärkeren Schutz der Umwelt plädiert, aber gleichzeitig die Ökosteuer ersatzlos streichen will. Wer A sagt, muss auch B sagen. Eine Besteuerung des Energieverbrauchs ist auch angezeigt, weil sich damit die durch Staus und Überfüllung der Straßen verursachten volkswirtschaftlichen Kosten vermindern lassen. Besser wären Straßennutzungsgebühren für LKWs und PKWs. Solange diese aber nicht konsequent erhoben werden, stellt die Mineralölsteuer auch hier ein sinnvolles Substitut dar.

Ernst zu nehmen ist allerdings der Einwand, dass Autofahren kein Privileg für Wohlhabende sein darf. Deshalb wurde als Antwort auf die letzte Preiswelle die Kilometerpauschale in eine Entfernungspauschale umgewandelt und von 70 auf 80 Pfennig/km erhöht; außerdem wurde einmalig für Bezieher niedriger Einkommen ein Heizkostenzuschuss von 5 DM/qm gezahlt. Die Regierung ist gut beraten, jetzt nicht noch einmal nachzulegen. In Marktwirtschaften bilden sich Preise durch das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage. Die aktuellen Preissteigerungen sind zum großen Teil auf eine höhere Nachfrage amerikanischer Unternehmen nach Mineralöl auf dem europäischen Markt zurückzuführen. Höhere Preise sind ein Indikator dafür, dass ein Gut relativ knapper geworden ist. Davon gehen Anreize aus, mit diesem Gut sparsamer umzugehen und alternative Technologien zu entwickeln. Ein hektischer Interventionismus könnte da nur schaden.

3. ÖSR UND UMWELT INTERNATIONAL

Trittin enttäuscht über Bush

Bundesumweltminister Jürgen Trittin hält den neuen Pronk-Vorschlag für eine "gute Verhandlungsbasis" für den Bonner Klimagipfel. Er äußerte sich aber sehr enttäuscht über die Äusserungen von US-Präsident Bush. (BMU Pressedienst Nr. 108/01, 13. Juni 2001)

Bundesumweltminister Jürgen Trittin hat den neuen Kompromissvorschlag des niederländischen Umweltministers Jan Pronk für den Bonner Klimagipfel im Juli als "gute Verhandlungsgrundlage" begrüßt. "Ich bin zwar nach erster Durchsicht des 180-seitigen Papiers nicht mit allen Teilen einverstanden, aber es könnte die Basis für den Durchbruch bilden, den wir in Bonn brauchen, damit der Klimaschutzprozess seine Glaubwürdigkeit behält" sagte Trittin. Ein klares Ergebnis in Bonn sei die Voraussetzung dafür, dass das Kyoto-Protokoll spätestens 2002 völkerrechtlich in Kraft treten könne.

Pronk hatte in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der 6. Weltklimakonferenz einen konsolidierten Verhandlungstext für die im letzten November in Den Haag unterbrochene Klimakonferenz vorgelegt, die vom 18.-27. Juli 2001 in Bonn fortgesetzt wird. Dort sollen die noch offenen Fragen zur Ausgestaltung des Kyoto-Protokolls geklärt werden. Unter anderem geht es darum, nach welchen Regeln die Industrieländer ihre Klimaschutzverpflichtungen erfüllen sollen. Pronks Vorschlag ist der Versuch, die teilweise widerstreitenden Interessen verschiedener Staaten und Staatengruppen zusammenzuführen.

Enttäuscht zeigte sich Bundesumweltminister Jürgen Trittin von der Haltung der amerikanischen Regierung zum Klimaschutz. "Ich begrüße, dass Präsident Bush den Klimawandel als ernsthaftes Problem anerkennt und seine Bereitschaft bekundet hat, an der Lösung dieses Problems mitzuwirken. Zugleich bedauere ich jedoch sehr, dass er bei seiner Ablehnung des Kyoto-Protokolls bleibt, ohne konkrete Maßnahmen zur Minderung der Treibhausgasemissionen in den USA zu benehmen."

Im Hinblick auf den bevorstehenden EU-Gipfel in Göteborg sagte Trittin: "Ich gehe davon aus, dass unsere Staats- und Regierungschefs dem amerikanischen Präsidenten gegenüber deutlich machen, dass sie das Kyoto-Protokoll als das Fundament für den globalen Klimaschutz ansehen und entschlossen sind, es nach einem erfolgreichen Abschluss des Bonner Klimagipfels zusammen mit anderen Staaten bis 2002 in Kraft zu setzen. Der Europäische Rat sollte ein Signal der Glaubwürdigkeit der EU setzen und bekräftigen, dass die EU und die einzelnen Mitgliedstaaten ihre in Kyoto eingegangenen Reduktionsverpflichtungen erfüllen werden."

EU-Energiesteuer erleidet Rückfall - EU Energy Tax Suffers Setback

Eine Einigung über eine EU-weite Energiebesteuerung, die seit längerem diskutiert wird, scheiterte Anfang Juni erneut, da nach Spanien auch Großbritannien als Voraussetzung für die Schaffung einer einheitlichen Energiesteuer auf einer Liberalisierung aller Energiemärkte in der EU besteht (ENDS Daily, 06.06.2001). Mehr dazu (englisch)

Agreement on an EU-wide energy tax, long under discussion, failed last week when the UK joined with Spain in insisting on the liberalization of all EU energy markets before the implementation of an energy tax. Some believe the Spanish and British position is intended to put pressure on EU member states (such as France and Germany) to liberalize their energy markets to form one single EU market for industry. Swedish officials indicated that they will continue to work on an EU-wide energy tax, one based on consumption rather than production. Other elements of the proposed energy tax plan include: (1) favorable tax treatment for fuels used in combined heat and power facilities; (2) taxation of energy intensive companies under a different set of rules; and (3) favorable tax treatment or other support for renewable energy. (ENDS Daily, June 6, 2001) For more information see the conclusions from the Ecofin meeting at

<http://ue.eu.int/newsroom/main.cfm?LANG=1>

E-MISSION 55

e-mission 55 - das wird zum Schlüsselwort vor dem UN-Klimagipfel in Bonn Mitte Juli. 55 Staaten, die 55 Prozent der Treibhausgasemissionen in Industrieländern repräsentieren, sind nötig, um Kyoto in Kraft zu setzen. West- und Osteuropa einschließlich Rußland sowie Japan reichen dafür aus.

Eine Führungsrolle bietet für Europa die Chance, endlich bei einer Innovationswoge - in eine nachhaltige Energiefutur - die Nase vorn zu haben. Ein funktionierender Emissionshandels-Markt bildet den größten

Anreiz für die USA, über kurz oder lang zu folgen.

Die Unternehmer-Initiative e-mission 55 (<http://www.emission55.com>) setzt sich massiv für die Umsetzung des Kyoto-Protokolls ein. Zu den Initiatoren gehören unter anderem die Deutsche Telekom AG, der Gerling-Konzern und die Solar World AG. Angeschlossen haben sich inzwischen über 125 Unternehmen, etwa Neckermann, Karstadt und AEG-Hausgeräte.

Aktionen von "Friends of the world" in Bonn und die Möglichkeit eine e-Mail an Bush zu schreiben unter <http://www.foeeurope.org/lifeboat/home.htm>

(Im Wesentlichen übernommen aus KlimaKompakt Nr. 11 / Mai 2001)

<http://www.germanwatch.org/kliko/k11home.htm>

Weltweit höchste Autorität in Klimafragen

Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) stellt Bericht über die Potentiale der Emissionsminderung vor.

Demzufolge liegen weltweit immense Reduktionspotentiale vor, deren Erschließung mit Gewinn oder zu niedrigen Kosten mittelfristig etwa die Hälfte der im Jahr 1990 ausgestoßenen Emissionen vermeiden kann.

Eine ausreichende Verteuerung fossiler Energieressourcen aufgrund von Verknappung wird allerdings nicht gesehen, da diese noch im Übermaß vorhanden sein werden.

(Im Wesentlichen übernommen aus KlimaKompakt Nr. 11 / Mai 2001)

► <http://www.germanwatch.org/kliko/k11home.htm>

Klimaschutzsteuer für britische Industrie in Kraft getreten

Seit dem 1. April diesen Jahres wird in Großbritannien eine Klimaschutzsteuer erhoben. Darunter fallen Gas und Kohle, Strom und Flüssiggas, allerdings nicht Erdöl und Kfz-Kraftstoffe. Die Steuer soll einkommensneutral sein und zur Senkung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung verwendet werden.

Seit 1. April 2001 wird in Großbritannien eine Klimaschutzsteuer (Climate Change Levy) erhoben, mit der der gewerbliche Energieverbrauch besteuert und der Kohlenstoffausstoß bis 2010 um 5 Mio. Tonnen jährlich reduziert werden soll. Mit Ausnahme der privaten Haushalte haben Energieverbraucher wie Industrie, Landwirtschaft und öffentliche Hand ab jetzt folgende Steuersätze zu entrichten:

- 0,15 Pence (ca. 0,45 Pfennig) pro Kilowattstunde auf Gas und Kohle
- 0,43 Pence (ca. 1,3 Pfennig) pro kWh auf Strom
- 0,07 Pence (ca. 0,21 Pfennig) pro kWh auf Flüssiggas

Auf Erdöl (das der Abgabe auf Kohlenwasserstoffe unterliegt) und Kfz-Kraftstoffe wird die Klimaschutzsteuer nicht erhoben.

Insgesamt soll die Steuer einnahmeneutral sein. £1 Mrd. (ca. DM 3 Mrd.) pro Jahr werden zur Finanzierung einer 0,3-prozentigen Senkung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung verwandt. Mit £33 Mio. (ca. DM 100 Mio.) aus Klimasteuergeldern und £17 Mio. (ca. DM 51 Mio.) aus dem Programm für beste Energieeffizienzpraxis wird der neu eingerichtete Carbon Trust Programme zur Erforschung und Entwicklung von effizienter Energienutzung und zur integrierten Unternehmensförderung finanzieren. Außerdem wird der Carbon Trust ein neues Sonderabschreibungs-Programm für besonders energiesparende Technologien verwalten. Dieses Programm wird 2001/02 mit rund £70 Mio. (ca. DM 210 Mio.) und 2002/03 mit £130 Mio. (ca. M 390 Mio.) ausgestattet.

Steuererleichterungen

- Einen 80%-igen Steuernachlass gibt es für energieintensive Branchen, die eine sogenannte 'ausgehandelte Vereinbarung' zur Reduzierung des Energieverbrauchs oder der Kohlenstoffemissionen mit der Regierung abgeschlossen haben. Mit insgesamt 40 Branchen wurden bereits Zielvorgaben vereinbart. Zur Erreichung der Zielvorgaben wird der Handel mit Emissionsrechten zwischen einzelnen Betrieben und auch zwischen den Branchen gestattet. Die UK Emissions Trading Group (britische Arbeitsgruppe für den Emissionshandel) steht kurz davor, ein Regelwerk für den Emissionshandel zu vollenden.
- Volle Steuerbefreiung gibt es für Strom aus neuen erneubaren Energiequellen und für als gut einge-

stufte Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen.

- Volle Steuerbefreiung gibt es für Energieträger, die als chemische Rohstoffe oder in der Elektrolyse eingesetzt werden.
- Eine befristete 50%-ige Befreiung gilt für Gartenbaubetriebe.
- Eine befristete Befreiung gibt es in Nordirland für Gas.

Die Europäische Kommission hat die geplanten Steuererleichterungen – mit einer Ausnahme - am 28. März gebilligt. Die Entscheidung der Kommission, ob eine Steuerbefreiung für Kraftstoffe mit dualer Verwendung mit den Subventionsregelungen vereinbar ist, steht noch aus.

Durch die Klimaschutzsteuer wird Großbritannien der Verwirklichung seines Kyoto-Ziels (die Treibhausgas-Emissionen bis 2008-12 um 12,5% gegenüber dem Stand von 1990 zu verringern) und seines nationalen Ziels (die CO₂-Emissionen bis 2010 um 20% zu verringern) ein deutliches Stück näherkommen.

Weitere Informationen zur britischen Klimaschutzsteuer finden sich unter:

<http://www.environment.detr.gov.uk/ccl/index.htm>

Ein Amerikaner = 269 Nepalesen

Anil Agarwal vom Centre for Science and Environment (CSE) in New Delhi (Indien) schickte uns folgenden Beitrag zu George Bushs Kampf gegen das Kyoto Protokoll (englisch).

Last week, US president and oilman George Bush made his first statement on global warming, which has shocked environmentalists and European governments. But what we must realise is that his position, howsoever Neanderthal, is well calculated, strategic and frankly no different from the earlier US administration. Writing a letter to senators known for their rabid opposition to the climate change convention, Bush stated, "As you know, I oppose the Kyoto Protocol" which was negotiated in 1997 to cut greenhouse gas emissions from the industrialised world. But his reason for doing so was even more loaded. "Because it exempts 80 per cent of the world, including major population centres such as China and India, from compliance and would cause harm to the US economy," he argued.

But what is new about this? The "green" Clinton-Gore combine took the same stand. Bush is just more crude and blunt. For the past three years, US strategy on climate change has been to target developing countries to be included in the Kyoto Protocol. It has held up negotiations by demanding "meaningful action" from countries like India and China. This is a clever smart move, probably conceived in the fancy negotiation courses taught in universities like Harvard. By implicating developing countries, the US has virtually held the world to ransom. Forget that the greenhouse gas emission of one US citizen is equal to 107 Bangladeshis, 134 Bhutanese, 269 Nepalese or 19 Indians. Forget that multilateral negotiations, of which the US has been a party, namely, the climate convention, agreed in 1992 by no less than the current Bush's father, and the subsequent Kyoto Protocol are all aimed at cutting emissions of the industrialised world only. Simply because these countries contribute the bulk of emissions which threaten to destabilise the world's climatic system. The other negotiating strategy is to complain that the Kyoto Protocol will "harm US economy" as Bush repeats in his letter. The cost of everything including eggs will go up has been the war cry of the US auto and oil companies. The effort of the government has been to minimise effective action and to cut costs domestically. Firstly, it has tried to make sure that it has no limits on trading emissions - buying emission reduction by investing in cleaner technology abroad and taking credit for the emissions saved. Secondly, it would like to ensure it pays as little as possible. As buying emission reduction from energy inefficient developing countries is much cheaper, as against taking action at home, it has made the Clean Development Mechanism (CDM) the core of its negotiating demands. The US design for the CDM – which has Indian industrialists drooling - is based on the principle of looking for the least-cost options like coal washing which can give a tonne of carbon dioxide reduction for as low as US \$3. Never mind that the costs will go up in the future for us. Thirdly, it has worked hard to bring in sinks - sequestering carbon dioxide by planting forests - into the protocol. As sinks are difficult to measure it will allow for weak implementation but heap budgets.

This pigheaded position, of the world's biggest bully, who also happens to be the world's biggest polluter, has meant that the climate change negotiations are stalled and weakened. All Bush has done is to state the obvious: his government is not willing to do anything that would compromise the American way of life.

But in all this mess our leaders are also to blame. They have shown little political sagacity in these critical negotiations. At all intergovernmental meetings, G-77 and China are lost in a quagmire of discussions on technology transfer and funds. As if the larger issues of an effective climate regime do not concern this most vulnerable group of countries. Our leaders go to these meetings with the minds of beggars and petty deal-

makers.

Instead, what is needed is the following: One, to take the high moral ground and demand an effective climate convention. G-77 must articulate that it is in its own interest to ask for effective and measurable action from industrialised countries. Two, to do this it must lay out its strategy to make the Kyoto Protocol ecologically effective by plugging loopholes and pushing for a transition to cleaner energy. It can do this by demanding that the CDM trade will be only for high-end technologies, mainly renewable sources of energy.

Thirdly, and most importantly, G-77 and China must make alliances to form a powerful group against the US, namely, the European Union (EU). As yet, G-77 and China have always preferred to keep their options open to make small deals with whoever comes calling first. This prostitution has also meant that it gets dumped whenever it suits the big guys to come together.

Bush in his letter says, "Coal generates more than half of America's electric supply." That justifies his action to do little, even if all of us go to hell. But on the other hand, he argues even if they have not contributed to the problem, India and China must take effective action in the interests of us all. His position is immoral and contemptuous but even more contemptuous is our own inability to tell him that he is wrong.

Bush's position is immoral and contemptuous, but so is our inability to tell him he is wrong.

Energieprogramm der USA: "Energiepolitischer Gruselkatalog"

Der energiepolitische Kurs der US-Regierung stößt bei der internationalen Naturschutzorganisation WWF auf harte Kritik. Die jetzt vorgestellten Pläne zum Bau von tausenden neuer Kraftwerke und Pipelines sowie die angestrebte Erschließung von Ölfeldern in Naturschutzgebieten seien ein "Gruselkatalog und ein Rückfall in die energiepolitische Steinzeit."

Die US-Regierung hat bekannt gegeben, dem steigenden Energieverbrauch mit dem Bau neuer Kohlekraftwerke, dem Ausbau der Atomkraft und der Ausbeutung neuer Ölfeldern begegnen zu wollen. Parallel sollen die Umweltauflagen für die Energiekonzerne nach dem Willen der Bush-Administration systematisch heruntergeschraubt werden.

Nach Einschätzung des WWF ist das Programm ein Armutszeugnis. "Die Vorhaben werden den Treibhauseffekt anheizen, die Luft und Umwelt stärker verpesten und vor allem die Energieprobleme nicht lösen", so das Fazit von Jennifer Morgan. Die Direktorin der WWF-Klimakampagne ergänzt: "Amerika muß die Kraft finden, sich der energiepolitischen Herausforderung zu stellen. Das beinhaltet die intensive Erforschung und Anwendung erneuerbarer Energiequellen, die Steigerung der Energieeffizienz und vor allem ein langfristig angelegtes Energiesparprogramm."

In einem jetzt vorgelegten Report weist der WWF darauf hin, dass das Land sich nicht aus der Abhängigkeit von Ölimporten befreien könne, indem es ausschließlich auf die einheimischen Rohölvorkommen setze. Die gegenwärtige Energiekrise in Kalifornien müsse als Popanz für eine anachronistische Politik herhalten, und Gasbohrungen im Arktischen Naturschutzgebiete seien kaum die richtige Antwort auf die steigenden Energiepreise. "Die USA sind nach wie vor Weltmeister in Sachen Energieverschwendung. Sie verbrauchen pro Kopf mehr als doppelt soviel Strom und Benzin wie die Europäer. Hier liegt die Ursache für die energiewirtschaftlichen Schwierigkeiten. Energieeinsparung ist die sauberste und billigste Energiequelle, leider hat die neue US Regierung dies immer noch nicht begriffen", kritisiert Oliver Rapf vom WWF.

Weitere

Informationen:

Der WWF Report "Powering America: Myth and Facts in the US Energy and Global warming Debates" kann über das Internet http://www.worldwildlife.org/climate/powering_america.pdf bezogen werden. Jörn Ehlers, Pressestelle WWF Deutschland, Tel.: 0 69 / 7 91 44-1 45, Fax: -1 16

Climate Change Targets challenged by US-President George W. Bush

Das European Business Council for a Sustainable Energy (Niederlande) ruft zur Ratifizierung des Kyoto Protokolls 2002 auf (Pressemitteilung vom 02.04.2001).

The European Business Council for a Sustainable Energy Future, e⁵, met last weekend to consider response to the challenge put by George W. Bush that meeting climate change targets is bad for the economy. Dr Paul Metz, Executive Director of e⁵, said that „the USA argues with the conclusions of the IPCC (International Panel on Climate Change) and e⁵ continues to believe that implementation of policies to achieve the Kyoto targets improves the long-term economic wellbeing of industrialised and developing countries alike.“

The European Business Council calls upon the EU to ratify the Kyoto Protocol in 2002 and implement its al-

ready agreed clean energy policies that meet its own GHG (greenhouse gases) reduction targets policies. Dr Ignacio Campino of e⁵-member company Deutsche Telekom commented: „Climate protection will result in extensive changes of economy and especially in terms of competition. The implementation of new technologies has always had such effects in the past, but nevertheless new technologies were not rejected.“

The European Business Council for a Sustainable Energy Future, e⁵, promotes the many benefits of sustainable energy solutions. Founded in Brussels in 1996, it represents about 100 members in renewable energy, natural gas, co-generation and efficient use of energy in buildings, equipment, transport and communication, including services, design, investment and insurance. e⁵ is a broad network for dialogue with authorities and other NGOs.

4. AKTIVITÄTEN RUND UM DIE ÖKOSTEUER

BUND: Benzinsparfahrten und regionale Medienevents zur Ökosteuer

Der BUND plant in diesem Jahr viele regionale Aktionen zum Thema Ökosteuer und Verkehr. So soll in verschiedenen deutschen Städten von den lokalen Medien begleitete Benzinsparfahrt stattfinden. Zudem möchte der BUND an Tankstellen Tipps zum richtigen Reifendruck geben, um dadurch den Benzinverbrauch zu verringern. Die Aktionen haben im Juni begonnen und sollen bis Oktober andauern.

Der BUND plant Aktionen zum Thema Ökosteuer und Verkehr, die er seinen Gruppen möglichst weit vorbereitet zur regionalen Durchführung anbieten will.

1. Benzinsparfahrt: Eine lokal prominente Person (Bürgermeister o.ä.) fährt unter Anleitung eines speziell dafür geschulten Fahrlehrers 30 min. benzinsparend auf einem Rundkurs in der Stadt. Ein Radioreporter begleitet die Fahrt. Bei dem anschließenden Pressetermin wird der Spar-Erfolg (ca. 20-30%) der Öffentlichkeit vorgestellt. Anschließend hat die Bevölkerung die Möglichkeit, die sparsame Fahrweise in dem gleichen Fahrzeug mit dem Fahrlehrer zu testen (ca. 3-5 Stunden anschließend).

Botschaft: Wer auf das Auto nicht verzichten kann, kann mit einer einfachen Änderung der Fahrweise mehr Benzin sparen als die Ökosteuer kostet.

2. Reifendruck: An einer kooperierenden Tankstelle bieten BUND-Aktivisten im Overall eine Überprüfung des Reifendrucks an. Bei einer Erhöhung des Reifendrucks um 0,4 bar gegenüber den Angaben in der Betriebsanleitung reicht jede Tankfüllung 30 km weiter als normal. Im Gespräch werden weitere Tipps zur Reduzierung des Benzinverbrauchs und der Zusammenhang zur Ökosteuer erläutert.

Botschaft: siehe Benzinsparfahrt

Interessenten können sich melden bei Matthias.Seiche@bund.net oder Lars.Buehe@bund.net.

Talkshow „Ökologische Steuerreform – Motor oder Bremse für die Wirtschaft?“ auf der Envitec Düsseldorf (16.05.)

Neben Vertretern des Umweltbundesamtes, das diese Talkshow organisiert hat, des Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstitutes und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie war der FÖS -Vorsitzende Dr. Anselm Görres dort vertreten. Seinen Beitrag zur Talkshow:

Ökologische Steuerreform – Motor oder Bremse für die Wirtschaft?

Beitrag von Dr. Anselm Görres am 16. Mai 2001 auf der Umweltschutzfachmesse ENVITEC in Düsseldorf

1. „Not macht erfinderisch“, sagt der Volksmund. Etwas vornehmer formuliert der Ökonom: „Knappeheit ist die Triebkraft des technischen Fortschritts“. Die Ökosteuer will fossile Energie behutsam verteuern, damit wir sie mehr als bisher als knappes Gut behandeln, statt sie in wenigen Jahrzehnten zu verheizen. Diese vom Staat bewusst herbeigeführte Verknappung ist auf jeden Fall ein Motor des technischen Fortschritts. In der Vertuierung der Energie stecken gewaltige Chancen für deutsche Ingenieure und deutsche Unternehmen, die viel vom Energiesparen verstehen.

- In der Vergangenheit hat die ebenfalls vom Staat betriebene Belastung des Faktors Arbeit mit Steuern und Sozialabgaben zur Verteuerung dieses Faktors phasenweise stärker beigetragen als gewerkschaftliche Lohnforderungen.

Nicht zuletzt die stark arbeitslastige Steuer- und Abgabepolitik hat somit Signale für arbeitssparenden Fortschritt gegeben. Energiesparenden Fortschritt gab es gewiss auch, er schien aber weniger wichtig. McKinsey- und andere Berater suchten in aufwändigen Rationalisierungsprojekten nach entbehrlichen Mannjahren, nicht nach überflüssigen Megajoule. Die Folge: Arbeitsproduktivität stieg seit 1950 dreimal stärker an als Energieproduktivität.

- Wenn Energie aber durch Ökosteuern teurer wird, steigt dann nicht die Kostenbelastung der Wirtschaft? Die meisten Bürger würden diese Frage mit Ja beantworten. Mit dieser Antwort liegen sie aber daneben. Dafür gibt es drei Gründe:

Erstens ist die Aufkommensneutralität der Ökosteuer seit Anbeginn der Diskussion ein heiliger Grundsatz all ihrer Befürworter. Der Staat soll sich nicht an der Ökosteuer bereichern. Damit bleibt die Ökosteuer für Deutschland insgesamt kostenneutral. Die Mehrbelastung durch Ökosteuern wird durch Senkung der Rentenversicherungsbeiträge ausgeglichen. Auch wenn das für Einzelbranchen und Einzelpersonen anders aussehen kann, stimmt es für die Volkswirtschaft als Ganzes.

Zweitens sieht die spezifische Gestaltung der Ökosteuer in Deutschland so aus, dass die Wirtschaft unter dem Strich durch die Ökosteuer entlastet wird. Von den inzwischen rund 23 Mrd. DM Ökosteuer (erwartetes Aufkommen 2001) tragen die Haushalte schätzungsweise 14 Milliarden, also etwa 60 Prozent. Der Unternehmenssektor trägt nur 40 Prozent der Ökosteuerlast, partizipiert aber hälftig an der Rentenbeitragsenkung. Unter dem Strich entlasten also die Haushalte die Industrie mit etwa 10 Prozent des Ökosteueraufkommens, für 2001 sind das 2,3 Milliarden DM. Für die Haushalte ist das nur akzeptabel, weil die Steuerreform sie insgesamt noch weit mehr entlastet. Ein durchschnittliche Familie wird durch die Reformen mit etwa 5000 DM entlastet. Dem stehen nur rund 500 DM Mehrbelastung durch die Ökosteuer entgegen.

Hauptgrund für die geringere Belastung des Unternehmenssektors sind die großen *pauschalen* Ausnahmen für das produzierende Gewerbe (20% des vollen Satzes), für die Bahn (nur 50 Prozent des Stromsteuersatzes), für den ÖPNV (ab 2000 nur halbierte Minerölsteuererhöhung) und zusätzliche *individuelle* Schutzregeln für besonders energieintensive Produktionsunternehmen.

Der dritte Grund für die Fehleinschätzung der Ökosteuerbelastung durch die Bürger ist ein falscher Rückschluss von der alten zur neuen Umweltpolitik. Alte Umweltpolitik verzichtete auf den Einsatz von Ökosteuern und arbeitete stattdessen mit Subventionen oder ordnungsrechtlichen Vorschriften. Daraus entstanden unvermeidlich immer nur Mehrkosten – sei es beim Staat, der die Subventionen finanzieren musste, sei es bei Bürgern und Wirtschaft, die die ordnungsrechtlichen Vorgaben umsetzen mussten. Und das kostet. Unter dem Strich bedeutet alte Umweltpolitik daher nichts anderes, als dass zu der bereits bestehenden sichtbaren Abgabenlast noch die unsichtbare Belastung durch Auflagen, Ge- und Verbote hinzu kommt. Teuer und innovationshemmend ist nicht die Ökosteuer, sondern altmodische Umweltpolitik!

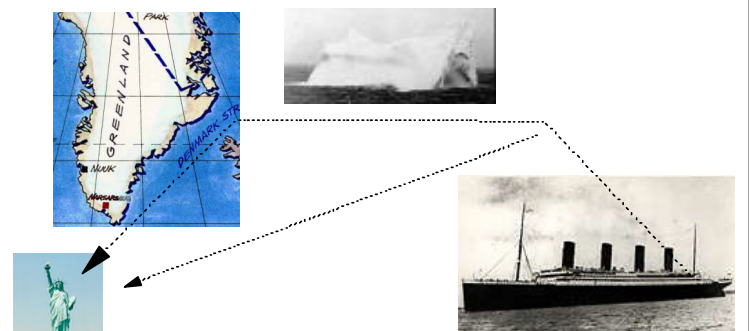
- Wenn der Staat daher seine umweltpolitischen Ziele eher über das Steuersystem als mit den Instrumenten der alten Umweltpolitik erreicht, dann bedeutet das nicht nur größere *mikroökonomische* Lenkungseffizienz durch marktwirtschaftliche Anreize. Es bedeutet auch größere *makroökonomische* Lenkungseffizienz des Steuer- und Abgabensystems. Beide Effekte addieren sich zur einer geringeren Gesamtbelastung des ökonomischen Systems bei gleicher ökologischer Zielerreichung.

Um einen technischen Vergleich zu wählen: Alte Umwelt- und alte Steuerpolitik ist wie eine Straßenbahn, deren Bremsenergie ungenutzt als Wärmeenergie verpufft. In der modernen Umweltpolitik wird die ansonsten unerwünschte Bremswirkung des Steuersystems in den Dienst der ökologischen Lenkung gespannt. Mittels gezielter *Verteuerung durch Besteuerung* regelt man unerwünschte Verbrauchsströme auf ein nachhaltigeres Niveau ab. Und als Nebeneffekt der steuerlichen Abbremsung, beispielsweise des Verbrauchs an fossiler Energie, erzielt man auch noch fiskalische Einkünfte, also Steuererträge für die Allgemeinheit.

Das ist, um im Bild zu bleiben, nichts anderes, als wenn man die Bremsenergie der Straßenbahn energetisch nutzt und durch den Einsatz des Motors als Dynamo wieder ins Stromnetz einspeist. Damit kann ich die Frage unseres Veranstalters so beantworten: *Die Ökosteuer ist keine Bremse für die Wirtschaft, sondern ein Motor des ökologischen und technischen Fortschritts – und durch das gezielte Abbremsen kritischer Verbräuche zugleich ein fiskalischer Dynamo.*

- Letzte Bemerkung: Die mittel- und langfristige Notwendigkeit des ökologischen Umsterns

Kurswechsel muss sein: Ob wegen Eisberg (=Klimabedrohung) oder wegen Grönland (Ressourcenerschöpfung)



ergibt sich nicht nur durch die hoch wahrscheinliche Gefahr des Treibhauseffektes, sondern auch durch die absolute sichere Erschöpfung der fossilen Energiereserven, bei der lediglich der Zeitpunkt unsicher ist, nicht aber die Tatsache der Endlichkeit dieser Bestände als solcher.

Wenn aber feststeht, dass unsere Bürger und unsere Wirtschaft das Sparen früher oder später ohnehin lernen müssen, warum dann nicht gleich damit anfangen und auf diese Weise Pionervorteile erlangen.

Für die Volkswirtschaft als Ganzes kostet das Sparen nichts, weil wir die Ökosteuer ohnehin an uns selbst zahlen, und das ist besser, als das Geld an die OPEC zu zahlen. Wir müssen nur lernen, die bisher schädlich wirkende Bremsenergie unseres Steuersystems dorthin zu lenken, wo ein Abbremsseffekt nötig und sinnvoll ist.

Wir lachen heute über die Fehleinschätzungen an Bord der Titanic, obwohl Kapitän und Offiziere ihre Entscheidungen innerhalb von wenigen Stunden treffen mussten und dabei naturgemäß Fehler machten. Wir machen heute ganz ähnliche Fehler, obwohl wir über Klimakatastrophe und Ressourcenerschöpfung seit langem informiert sind und im Grunde nur zu faul, zu ängstlich und zu borniert, um den notwendigen Kurswechsel einzuleiten.

IRC International Research Corporation / USA: Umfrage zur Aussetzung der Ökosteuer 2002

Das amerikanische IRC führt eine Umfrage zum Thema „Sind Sie für eine Aussetzung der nächsten Erhöhung der Ökosteuer zum Jahr 2002?“ durch. Als Aufhänger für die Umfrage wird angegeben, dass die SPD-Führung zur Zeit aufgrund der hohen Benzinpreise eine Aussetzung der Ökosteuer erwäge. Die Ergebnisse werden nach Angaben von IRC der Bundesregierung, den Oppositionsparteien sowie dem Fernsehen, Tageszeitungen und weiteren Medien präsentiert. Da die Abstimmung über Fax mit einer 0190er-Nummer (3,63 DM/Minute) stattfindet, darf allerdings an der Seriösität des Unternehmens gezweifelt werden. Das Ergebnis sowie Kommentare von Personen, die abgestimmt haben, erfahren Sie unter

<http://www.irc-research.com/wahl/oekosteuer.htm>

T-Online: Umfrage zur Fortsetzung der Ökosteuer nach 2003

T-Online führt ebenfalls eine Umfrage zur Ökosteuer durch. Das Thema hier lautet: „Die Ökosteuer ist weiter in der Diskussion. Was meinen Sie?“ Abstimmen können Sie im Internet, wo sich auch das aktuelle Zwischenergebnis der Umfrage findet, unter

<http://www.t-online.de/nachricht/index/polnax05.htm>

„Ökosteuer“ Umfragetombola

Unter diesem Thema lief im Mai eine etwas dubiose Umfrage zur Ökosteuer. Gewinne wie Mofas, Bargeld und Antifaltencremes werden bei Teilnahme versprochen. Der FÖS hat versucht, Informationen über den Veranstalter der Umfrage herauszufinden, konnte diesen jedoch nicht ausfindig machen. Das örtliche Ordnungsamt in Staakow teilte uns mit, dass bereits vorher Nachforschungen über das Unternehmen stattfanden. Der FÖS hat daraufhin eine Presseerklärung herausgegeben und an verschiedene Zeitungen geschickt.

Ökosteuer Umfragetombola (Pressemitteilung des FÖS, München 15.05.01)

Momentan sind Preisrätsel im Umlauf, die unter dem reißerischen Titel "Ökosteuer Umfragetombola" Gewinne wie Mofas, Bargeld und Antifaltencremes versprechen. Anzugeben ist außer eines

Lösungswortes auch die eigene Meinung zur Ökosteuer. Der Förderverein Ökologische Steuerreform rät dringend davon ab, an diesem Preisrätsel teilzunehmen, da der unseriöse Eindruck dieser Umfrage bei Nachforschungen über die betreffende Firma in Staakow vom örtlichen Ordnungsamt bestätigt wurde. Zum einen werden die angeblich aus der freien Wirtschaft gesponserten Preise sicherlich nie ausgezahlt, zum anderen hat die Ökosteuer einen seriöseren und ernsthafteren Umgang verdient.

5. WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN

Jede Sekunde landen 36 Getränkedosen ohne Recycling in der Landschaft (von Raimund Kamm)

Der ehemalige bayerische Landtagsabgeordnete und Vorsitzende des Vereins Energiewende atomkraftfreies Schwaben Raimund Kamm gab im Mai eine Presseerklärung zum Thema Dosenpfand ab. Die vollständige Erklärung enthält interessante Begründungen und Zahlen zum Dosenpfand.

Als Landtagsabgeordneter habe ich 10 Jahre lang gegen die Dosenflut und die damit verbundene Energievergeudung und Umweltverschmutzung gearbeitet. Anlässlich der am 2. Mai 2001 im Bundeskabinett anstehenden Beratung zur Einführung des Dosenpfandes möchte ich als Vorsitzender unseres Vereins Energiewende atomkraftfreies Schwaben einige Fakten in Erinnerung rufen.

1. Stolz feierte Deutschlands größter Getränkedosenhersteller, Schmalbach-Lubeca im nordrhein-westfälischen Ratingen, mit einer Presse-Information am 27. April 01 den 50. Geburtstag der Getränkedose. Dabei referiert die Blechfirma interessante Zahlen: Die Deutschen verbrauchen pro Kopf jedes Jahr 77 Getränkedosen und davon werden 82 Prozent für eine Wiederverwertung erfasst. Bei 82 Millionen Deutschen ergibt dies 6,3 Milliarden Dosen pro Jahr und 200 Dosen je Sekunde (rund um die Uhr). 36 Dosen landen jede Sekunde ohne Recycling in der Landschaft.

2. Dosenrecycling ist selbst bei den erfassten Büchsen unvollständig.

2.a. Etwa 10 Prozent der Getränkedosen sind ganz aus Aluminium. Die Urproduktion von Aluminium frisst extrem Energie. Der Bund Naturschutz rechnete vor Jahren mal vor, daß für die Herstellung einer 0,5-l-Aludose fast so viel Energie eingesetzt wird, wie in 0,5 l Öl enthalten ist. Auch werden bei der ersten Gewinnung des Alus außergewöhnlich klimaschädliche Gase, wie z.B. Hexafluoräthan, freigesetzt, die pro Molekül tausendfach schädlicher sind als CO₂-Moleküle und die fatalerweise Tausende von Jahren in der Atmosphäre bleiben.

Eine der angesehensten Klimawissenschaftler, Prof. Dr. Graßl aus Genf (FÖS-Beiratsmitglied, die Redaktion), warnte deshalb davor, Aluminium bei Wegwerfprodukten einzusetzen.

2.b. Rund 90 Prozent der Dosen sind Weißblechdosen. Sie sind also aus drei Metallen: Das Unterteil besteht aus verzinnem Weißblech und der Deckel wird zum leichteren Aufreißen aus dem weichen Aluminium gefertigt. Beim Einschmelzen der Dosen gehen das Zinn und das Aluminium verloren.

Ergo: Selbst bei den verwerteten Weißblechdosen geht viel wertvolles Material verloren! Es ist somit kein Recycling!

3. Vor zehn Jahren waren wir uns in Deutschland – und das mit einer CDU/CSU/FDP-Bundesregierung – einig, daß Müllvermeidung Vorrang haben soll. So wurde 1991 die Verpackungsverordnung auf Bundesebene verabschiedet, in der grundsätzlich Mehrwegverpackungen vorgeschrieben werden (es lohnt sich, den Text noch mal anzuschauen)!! Für Einwegverpackungen ist ein Müllpfand vorgeschrieben. Diese Pfandpflicht wurde so lange außer Kraft gesetzt, wie Mindestquoten für Mehrweg eingehalten wurden. Aber weil insbesondere Fernsehbrauereien entfernte Märkte mit Blechbier erobern wollen, wird diese Quote seit Jahren unterschritten. Deshalb müssen wir Umweltschützer darauf dringen, daß dies gesetzlich bereits eingeführte Müllpfand in Kraft gesetzt wird.

4. Die Sorgen, daß durch Müllpfand der Dosenverbrauch sogar gefördert würde, sind nicht stichhaltig. Zwar würden Rücknahmeautomaten eingeführt werden (oben Dose rein – unten Pfand raus) aber die Dosen verlieren ihre „Ex und hopp Bequemlichkeit“. Denn Mehrwegflaschen werden sauber im Kasten zurückgebracht. Dosen mit klebrigen Getränkeresten sind beim Zurückbringen unkommod.

Führen nicht zurückgebrachte Dosen zu unerwünschten „Pfandmitnahmen“? Der Gesetzgeber muß darauf achten, daß derjenige, der als erster Dosen in den Verkehr bringt (z.B. Warsteiner oder Bitburger oder CocaCola) schon Pfand erheben muß und alle nicht eingelösten Pfänder als Müllabgabe an den Staat fließen. Übrigens: Vor Jahren wurde das Ärgernis „rumstehende Einkaufs- und Gepäckwagen“ durch Einführung eines 1 DM Pfandes gelöst.

5. Arbeitsplätze. Schon vor Jahren haben der Getränkefachhandel und die kleinen und mittleren Brauereien darauf hingewiesen, daß über 100.000 Arbeitsplätze in ihren Betrieben bei einem Zusammenbruch des Mehrwegsystems gefährdet seien (*Kontakt: Günther Guder, Bundesverband des Dt. Getränkefachgroßhandels in Düsseldorf 0211-683938 und des Vereins PRO Mehrweg e.v. 0211-683638 oder Roland Demleitner, Gf Bundesverband mittelständischer Privatbrauereien T: 06431-52048*).

Abstoßend ist das Verhalten der rheinland-pfälzischen Umweltministerin Klaudia Martini (SPD). Warum versucht sie seit Jahren das Dosenpfand zu torpedieren? In ihrem Land sind der größte deutsche Weißblechproduzent Rasselstein, eine Dosenfabrik von Schmalbach-Lubeca und der Dosenabfüller Bitburger ansässig. Eine Umweltministerin sollte nicht zuerst an die Arbeitsplätze denken und wenn schon, sollte die sogar aus Bayern stammende Frau Martini auch an die Arbeitsplätze in den Getränkemärkten und Brauereien denken. Wenn wir – eine Mehrheit der Bevölkerung ist für die Pfandpflicht - zum Schutze von Landschaft und Klima in über 10 Jahren nicht mal das Dosenpfand durchsetzen können, was dann überhaupt?

Versorger kritisieren den Staat als Preistreiber

Der Branchenverband VDEW beklagt, dass die Politik mit Sonderlasten die Wettbewerbserfolge abschöpfe (SZ vom 29.5.01).

VDEW-Präsident Günter Marquis rechnet vor, dass die Stromversorger die Preise seit der Liberalisierung um rund 15 Milliarden DM gesenkt hätten. Im Jahr 2001 beliefen sich die Sonderlasten durch den Staat jedoch bereits auf 12,5 Milliarden DM. Damit belaufe sich der Staatsanteil an der Stromrechnung einschließlich der Mehrwertsteuer inzwischen auf bereits rund 40 Prozent - mit Tendenz steigend.

"Sonderlasten" sind nach Marquis:

Stromsteuer bzw. Ökosteuer

Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)

geplantes Ausbaugesetz zur Kraft-Wärme-Kopplung

geplante Energieeinsparverordnung

Kommentar des ÖS-News-Teams:

Die Liberalisierung der Strommärkte hat die Monopolrente der EVUs abgeschmolzen - das ist gut so - und wird die Innovationskraft auf diesem Markt erhöhen.

Zu einem liberalisierten Markt gehört untrennbar hinzu, dass die Preise die ökologische Wahrheit sagen - dies sind zwei Seiten einer Medaille.

Am besten dazu geeignet wäre eine Ökosteuer, die die umweltschädlichen Inputfaktoren bei der Stromproduktion besteuert. Dann wären Subventionen für Erneuerbare-Energien oder Kraft-Wärme-Kopplung langfristig gesehen verzichtbar. Solange dies aber aufgrund der Gefahr des Imports von "schmutzigem" Strom und der impliziten Bevorzugung von Atomstrom nicht möglich ist, bleibt nur der zweitbeste Weg der Subventionierung von sinnvoller Stromerzeugung bzw. des Energiesparens in Kombination mit der Stromsteuer.

Entwurf zur Reform des Einkommensteuergesetzes wurde dem Finanzausschuss des Bundestages vorgestellt

Der sogenannte "Karlsruher Entwurf", bestehend aus nur noch 21 Paragraphen, war vom elfköpfigen Arbeitskreis Einkommensteuer unter Leitung des früheren Verfassungsrichter Paul Kirchhof entwickelt worden.

Eckpunkte des Vorschlags sind:

- Einkommenssteuersätze zwischen 15 und 35 Prozent
- "Menschen"-Grundfreibetrag von 16.000 DM (auch für Kinder)
- Reduzierung der heute 6 Einkunftsarten auf eine einzige
- dementsprechend Wegfall der Gewerbesteuer
- Wegfall aller Ausnahmetatbestände
- Regelung von Details in Rechtsverordnungen

Man wolle dem Einkommensteuerrecht seine Hauptfunktion zurückgeben, dem Staat Einnahmen zu verschaffen, und auf die Lenkungsfunktion steuerlicher Regelungen verzichten, betont Kirchhof. Deshalb gäbe es keine Ausnahmetatbestände und "Schlupflöcher" mehr.

Kommentar des ÖS-News-Teams:

Aus Sicht der ÖS-Befürworter kann der Grundintention obigen Vorschlags nur zugestimmt werden. Die Überfrachtung mit Lenkungsfunktionen bzw. die Suche nach Einzelfallgerechtigkeit hat zu einem undurchschaubaren und im Endeffekt leistungsfeindlichen und ungerechten Einkommensteuerrecht geführt. Allerdings bleibt anzumerken, dass auch ein verschlanktes Einkommenssteuerrecht ob gewollt oder nicht einen Lenkungseffekt besitzt. Es wird weiterhin im Wesentlichen der Faktor Arbeit besteuert und damit verteuert. Wird der Faktor Umwelt dazu relativ gesehen zu gering belastet, induziert man einen Lenkungseffekt in der Form, dass eher Menschen arbeitslos werden statt Kilowattstunden. Die Ökologische Steuerreform gehört also wie ein siamesischer Zwilling zum großen Wurf für ein neues Einkommensteuerrecht.

Die Abschaffung von Steuersubventionen innerhalb des Einkommensteuerrecht dürfte auch zur weiteren Ökologisierung des Steuerrechts beitragen, wenn zum Beispiel lange Wege zur Arbeit nicht mehr subventioniert werden (Entfernungspauschale als Zersiedlungsprämie).

A.W.

Globale Erwärmung höchstwahrscheinliche Menschenwerk

Die Deutsche Meteorologische Gesellschaft weist darauf hin, dass die weltweiten Klimaänderungen andauern und sich verstärken. Um diese Strukturen der Klimaänderungen auch in Zukunft adäquat verfolgen und im Kontext mit der Klimageschichte sinnvoll interpretieren zu können, hält es die DMG für dringend notwendig, die Informationsbasis kontinuierlich zu verbessern. Auch wenn die Ursachen der beobachteten Klimaänderungen kompliziert seien und die Rolle der natürlichen Klimaänderungen noch keinesfalls ausreichend ge-

klärt ist, gehe die globale Erwärmung der letzten 100 - 150 Jahre mit hoher Wahrscheinlichkeit auf menschliche Aktivitäten zurück.

(Im Wesentlichen übernommen aus KlimaKompakt Nr. 11 / Mai 2001

<http://www.germanwatch.org/kliko/k11home.htm>)

In Übereinstimmung mit den Verlautbarungen internationaler Gremien und auf Grundlage der in Deutschland erarbeiteten umfangreichen Ergebnisse der Klimaforschung weist die Deutsche Meteorologische Gesellschaft (DMG) darauf hin, dass die beobachteten weltweiten Klimaänderungen andauern. Vielfach haben sie sich in den letzten beiden Jahrzehnten sogar verstärkt. Dabei war im globalen Mittel 1998 nicht nur das wärmste Jahr seit dem Beginn der systematischen weltweiten Messungen (1856), sondern aufgrund indirekter Rekonstruktionen nordhemisphärisch sogar mindestens der letzten 1000 Jahre. Im 20. Jahrhundert ist der Temperaturanstieg in Deutschland mit 0,9 °C gegenüber global gemittelt etwa 0,6 °C überdurchschnittlich groß und das Jahr 2000 das wärmste seit 1761 gewesen. Beim Niederschlag sind innerhalb Europas eine Zunahme in Skandinavien und eine Abnahme im Mittelmeergebiet am signifikantesten. In Deutschland steht einem deutlichen Anstieg der Winterniederschläge eine leichte Abnahme der Sommerniederschläge gegenüber. Im einzelnen sind die Klimaänderungen aber sehr vielfältig, weil sich nicht nur Langfristrends, Fluktuationen und relativ kurzfristige Anomalien sowie Extremereignisse überlagern, sondern auch ausgeprägte regional-jahreszeitliche Besonderheiten auftreten.

Um diese Strukturen der Klimaänderungen auch in Zukunft adäquat verfolgen und im Kontext mit der Klimageschichte sinnvoll interpretieren zu können, hält es die DMG für dringend notwendig, die Informationsbasis kontinuierlich zu verbessern, zum einen durch die Fortführung und möglichst noch den Ausbau derzeitiger Beobachtungssysteme, zum anderen durch die möglichst vollständige und genaue Erfassung der Klimadaten der Vergangenheit sowie verstärkte Anstrengungen bei der Analyse dieser Daten. Einsparungen bei der im Vergleich zu vielen Projekten der Hochtechnologie kostengünstigen Erhebung von Klimadaten, insbesondere was die Fortführung und Auswertung langjähriger Beobachtungsreihen betrifft, sind daher nicht nur wissenschaftlich schädlich, sondern setzen auch falsche Akzente.

Auch wenn die Ursachen der beobachteten Klimaänderungen kompliziert sind und die Rolle der natürlichen Klimaänderungen noch keinesfalls ausreichend geklärt ist, geht die globale Erwärmung der letzten 100 - 150 Jahre mit hoher Wahrscheinlichkeit auf menschliche Aktivitäten zurück, insbesondere auf den ständig gestiegenen Ausstoß von Kohlendioxid (CO₂) und anderen klimawirksamen Spurengasen in Zusammenhang mit der Nutzung fossiler Energieträger (Kohle, Erdöl und Erdgas, einschließlich Verkehr) und Waldrodungen. Falls die Emission dieser Gase weiterhin ähnlich stark ansteigt wie bisher, wird für die kommenden 100 Jahre im globalen Mittel ein Temperaturanstieg von 1,4 - 5,8 °C befürchtet. Die große Bandbreite dieser Abschätzungen erklärt sich überwiegend aus den Unsicherheiten der Zukunftsszenarien menschlicher Aktivitäten, aber auch den noch immer bestehenden Schwächen der Klimamodellierung. Daher müssen unter anderem die Effekte von Wolken und atmosphärischen Partikeln in der Atmosphäre, das ozeanische Strömungssystem sowie die Rolle der Ökosysteme im Klimageschehen noch wesentlich besser verstanden werden. Weiterhin muss es gelingen, zu verlässlicheren Aussagen hoher regionaler Auflösung zu kommen und das zeitliche Schwankungsverhalten, einschließlich dem Auftreten von Extremereignissen, realistischer wiederzugeben.

Es gibt somit noch viele offene Fragen der Klimadiagnostik, Klimamodellierung und nicht zuletzt der ökologisch-sozioökonomischen Auswirkungen von Klimaänderungen. Dies erfordert verstärkte Anstrengungen in der gesamten Bandbreite der Klimaforschung, wobei bei aller Notwendigkeit anwendungsbezogener Forschung die Grundlagenforschung nicht vernachlässigt werden darf. Andererseits reichen die derzeitigen Kenntnisse zweifellos aus, um international abgestimmte, effektive und baldige Klimaschutzmaßnahmen zu ergreifen. Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit sind dazu aufgefordert, sich mit allem Nachdruck dafür einzusetzen. Dies betrifft auch und insbesondere die Konkretisierung der UN-Klimarahmenkonvention (Rio de Janeiro, 1992) und die Umsetzung des Kyoto-Protokolls (3. Vertragsstaatenkonferenz, 1997). Der Misserfolg von Den Haag (Nov. 2000) muss überwunden werden, wenn diese 6. Vertragsstaatenkonferenz im Juli 2001 in Bonn fortgesetzt wird.

Erneuerbare-Energien-Politik sehr erfolgreich

Der Deutsche Fachverband Solarenergie gab zum 16. Symposium Photovoltaische Solarenergie am 14.03.2001 eine Pressemitteilung heraus, in der Erfolg der Solarstrompolitik dargestellt wird.

Freiburg/Staffelstein, 14.03.2001: Photovoltaik ist auf dem besten Weg, zum Massenmarkt zu werden. Im Jahr 2000 wurden ca. 8.000 Solarstromanlagen mit einer Leistung von 40 Megawatt (MW) in Deutschland ans Stromnetz angeschlossen. Der Absatz wurde damit verdreifacht gegenüber dem Jahr 1999 und der Umsatz auf 600 Mio DM gesteigert. Der Deutsche Fachverband Solarenergie, DFS, sieht dies als großen Erfolg der verstärkten Förderung der umweltfreundlichen Solarenergie durch die rot-grüne Bundesregierung. Seit

1.4.2000 gilt das Erneuerbare Energien Gesetz, EEG, nach dem für Solarstrom 20 Jahre lang eine Vergütung von 99 Pf pro kWh bezahlt wird. In Kombination mit dem 100.000 Dächer-Programm, in dem es zinsgünstige Darlehen für Solarstromanlagen gibt, finanziert sich die Solarstromanlage zu großen Teilen selbst. Durch die gute Förderpolitik ist die Nachfrage im Jahr 2000 so sprunghaft angestiegen, daß nicht alle Förderanträge bewilligt werden konnten. Diese Anträge aus dem letzten Jahr werden in den kommenden Wochen abgearbeitet, danach kommen alle neuen Antragsteller aus diesem Jahr zum Zuge. Wer jetzt also einen Förderantrag stellt, kann voraussichtlich im Sommer schon selbst Solarstrom erzeugen. Die Nachfrage nach Solarstromanlagen hat sich mittlerweile verstetigt, so daß die Solarbranche optimistisch ist, die Wachstumsziele der Bundesregierung zu erreichen. Im Jahr 2001 wurden Fördermittel für 65 MW, in den Folgejahren für 80 MW und 95 MW bereitgestellt. Durch das steigende Fördervolumen wird die Kreditanstalt für Wiederaufbau die Bearbeitungszeiten in Kürze drastisch reduzieren. Die Förderpolitik des Bundes wurde am 13.03.2001 auch vom Europäischen Gerichtshof bestätigt. Das ehemalige Stromeinspeisungsgesetz, auf dem das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) aufbaut, wurde in vollem Umfang akzeptiert, so daß die Zweifel an der Vereinbarkeit des EEG mit europäischem Recht nunmehr ausgeräumt sind. Neben den umweltpolitischen Erfolgen durch die Steigerung der Solarstromerzeugung zeigen sich zunehmend auch Erfolge in industriepolitischer Sicht. So hat das Unternehmen Deutsche Solar angekündigt, seine Produktion an Siliziumscheiben im Jahr 2001 auf 60 MW nahezu zu verdoppeln. Shell Solar Deutschland und ASE haben innerhalb von 3 Jahren eine Produktionskapazität von 29 MW Solarzellen in Gelsenkirchen und Alzenau aufgebaut. Im Jahr 2000 konnte die Produktion von Solarmodulen in Deutschland deutlich auf etwa 15 MW gesteigert werden. Damit kamen bereits im Jahr 2000 mehr als ein Drittel der Module aus Deutschland. Für das Jahr 2001 wird eine Verdopplung der deutschen Produktion auf 30 MW erwartet. Langfristig setzt die Branche auf die Dünnschichttechnologie, bei der die Solarzellen mit deutlich weniger Rohstoffen produziert werden können. In den letzten 2 Jahren wurden in Deutschland große Investitionen in entsprechende Produktionsanlagen getätigt. Antec Solar hat in Rudisleben/Thüringen und die Würth Solar in Marbach/Baden-Württemberg Pilotfertigungsanlagen aufgebaut mit einer Kapazität von derzeit 11 MW. Gemeinsam mit den geplanten Fabriken von BP Solar in Niedersachsen und MVV in Baden-Württemberg wird in wenigen Jahren eine Produktionskapazität von 40 MW zur Verfügung stehen. Aufgrund der erzielten Erfolge ist die Förderpolitik der rot-grünen Bundesregierung als erfolgreicher Start in den Massenmarkt Photovoltaik anzusehen. Der Markt für Solaranlagen weist hohe Wachstumsraten auf und hohe Investitionen wurden in Produktionsanlagen getätigt oder sind in Kürze geplant. Durch den massiven Ausbau des deutschen Photovoltaik-Marktes sind die Chancen der deutschen Unternehmen auf dem Weltmarkt deutlich gewachsen. Aus Sicht des Deutschen Fachverband Solarenergie, DFS, geht es jetzt darum, diese hervorragende Entwicklung zurück an die Weltspitze zu verstetigen. Bis 2003 sind die Weichen bereits durch das 100.000 Dächer-Programm auf Wachstum gestellt. Danach erwartet der DFS ein noch weiter zunehmendes Engagement der Bundesregierung für die Markteinführung der Photovoltaik.

Ein Jahr Erneuerbare-Energien-Gesetz: Erfolgsbilanz für Klimaschutz, Arbeitsplätze und Energiewende

Das Bundesumweltministerium gab am 30.03.2001 zum 1. Geburtstag des EEG folgende Pressemitteilung ab:

Der Ausbau der erneuerbaren Energien schafft sichere Arbeitsplätze, entlastet die Umwelt und ist ein Eckpfeiler für eine klimaschonende und zukunftsfähige Energieversorgung. Diese Bilanz zog Bundesumweltminister Jürgen Trittin nach einem Jahr Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Trittin: "Wir haben in den vergangenen zwei Jahren beim Ausbau der erneuerbaren Energien eine Dynamik in Gang gesetzt, die uns international an die Spitze gebracht hat. Grundlage für den Erfolg ist das EEG. Die Nutzung regenerativer Energien ist nicht nur ökologisch sinnvoll, sondern zahlt sich auch ökonomisch aus. Immer mehr setzt sich in der Wirtschaft die Erkenntnis durch, dass hier mit innovativen Techniken neue Märkte erschlossen werden können."

Das EEG ist zum 1. April 2000 in Kraft getreten. Jürgen Trittin: "Es ist uns mit dem EEG und anderen Maßnahmen wie Ökosteuer und Förderprogrammen gelungen, verlässliche Rahmenbedingungen und ein gutes Investitionsklima für die erneuerbaren Energien zu schaffen." Heute sind schon etwa 70.000 Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien entstanden.

Die Bundesregierung will den Anteil der erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2010 verdoppeln. Damit kann ein wesentlicher Beitrag für das Klimaschutzziel geleistet werden. Die CO₂-Einsparung von 25 Millionen Tonnen im Jahr 2000 soll auf 50 Millionen Tonnen in 2010 durch erneuerbare Energien verdoppelt werden. Trittin: "Die Umsetzung der von uns beschlossenen Klimaschutzmassnahmen duldet keinen Aufschub. Um unser ambitioniertes Klimaschutzziel zu erreichen, muss auch die Kraft-Wärme-Kopplung ausgebaut werden. Das entlastet nicht nur die Umwelt, sondern schafft auch positive Effekte

für den Arbeitsmarkt." Klimaschutzpolitik und Atomausstieg bringen etwa 200.000 Arbeitsplätze bis 2020, den größten Teil davon schon innerhalb der ersten fünf Jahre. Das ist das Ergebnis einer Studie der Prognos AG. Allein durch den KWK-Ausbau werden bis 2010 weitere 10.000 Arbeitsplätze prognostiziert.

Beim Ausbau der erneuerbaren Energien hat die Windenergie die Vorreiterrolle übernommen. Mit 6.100 Megawatt installierter Leistung trägt sie in der Bundesrepublik bereits mit über 2 Prozent zur Stromerzeugung bei und hat rund 30.000 Arbeitsplätze geschaffen. Mit den installierten Windanlagen können bereits hohe Anteile des Nettostromverbrauchs erzielt werden. Die Spitzenreiter sind Schleswig-Holstein mit rund 21 Prozent und Mecklenburg-Vorpommern mit 14 Prozent, gefolgt von Sachsen-Anhalt mit 8, Niedersachsen mit 7 und Brandenburg mit 6 Prozent. Trittin: "Bei der Nutzung der Windenergie sind wir Weltmeister. 50 Prozent des in der gesamten EU erzeugten Stroms aus Windkraft wird in Deutschland produziert, weltweit ist es ein Drittel. Mit dem Strom aus Windkraft können wir - rein rechnerisch - in Deutschland bereits heute ein Atomkraftwerk ersetzen. Beim weiteren Ausbau der Windenergie auf hohem Niveau entspricht das 2010 drei AKW. Die Energiewende ist machbar und wird umgesetzt."

Neben Wasserkraft, Solarenergie und Geothermie ist die Nutzung der Biomasse ein besonders wichtiger Baustein der eingeleiteten Energiewende. Der Bioenergie wird in der Bundesrepublik ein vergleichbar hohes Potenzial wie der Windkraft zugerechnet, allerdings mit etwa zehnjähriger Verzögerung. Auf Basis des EEG hat Bundesumweltminister Trittin eine Verordnung auf den Weg gebracht, in der die Nutzung der Biomasse zur Stromerzeugung geregelt ist. Trittin appellierte an Bundestag und Bundesrat, die Verordnung schnell zu verabschieden.

Jürgen Trittin: "Eine auf Dauer angelegte nachhaltige Energieversorgung kann nur erreicht werden, wenn der Ausbau der erneuerbaren Energien auch nach 2010 kontinuierlich vorangetrieben wird. Mein Ziel ist es, nach 2010 den Anteil der erneuerbaren Energien um 10 Prozent pro Dekade zu steigern. Dafür müssen jetzt die Weichen gestellt werden."

6. BEITRÄGE UND REAKTIONEN UNSERER LESER

Wir freuen uns über Ihre Beiträge und bitten Sie anzugeben, ob Sie mit der Nennung Ihres vollen Namens einverstanden sind oder ob wir nur die Initialen verwenden dürfen.

Bisher haben wir nur die Initialen angegeben, um die Anonymität zu wahren.

H.C. aus Düren lobt die Mitgliederversammlung und schickt monetäre Blumen Lieber Herr Dr. Görres,

eigentlich wollte ich Ihnen ja Blumen schicken... Aber dann dachte ich: Blumen kosten auch Geld (und verwelken oft schnell); legst noch etwas drauf. Deshalb schicke ich DM 300,-.

Die Mitgliederversammlung war wieder prima. Gut fand ich

- die Strategie-Diskussion (interessante Beiträge von K. Schlegelmilch und Ch. Scheel)
- die neue Ausgabe der FÖS-Mitteilungen (diese Mal viel umfangreicher)
- den Austausch mit alten Bekannten.

Insgesamt glaube ich, dass der FÖS auf einem GUTEN WEG ist.

H.C. aus Düren

J.H. aus St. Gallen: Ressourcensteuerreform statt Ökologischer Steuerreform?

Lieber Dr. Anselm Görres,

besten Dank für die wie immer interessanten Informationen. Anbei kurz einige wenige Fragen/Anregungen

- Ist die Stossrichtung "Defense of green tax reforms" richtig? Bringt sich der Verein damit nicht von vornherein in eine strategisch unkluge Position? (Fakt ist: Die Verteidiger des Status quo einer überkommenen Fiskalpolitik sind in der Defensive, nicht der F.Ö.S. - aber natürlich kann man darüber trefflich streiten).
- Macht es Sinn, das Instrument der freiwilligen Vereinbarungen und Öko-Steuern gegeneinander auszuspielen (in Ihrem Cleveland-Paper fand ich einen entsprechenden Absatz)? "Anschlussfähiger" wäre vielleicht die Akzentuierung, dass weitergehende Schritte in Richtung Ressourcensteuerreform notwendig sind, damit z.B. das Instrument freiwillige Vereinbarungen überhaupt zu substanziellen Fortschritten führen kann.
- Wenn wir Ökonomen bzw. Akteure aus der Industrie überzeugen wollen, wäre es vielleicht einfacher, zukünftig von einer Ressourcensteuerreform zu sprechen. Ich mache oft die Erfahrung, dass das ganze Thema dann sachlicher diskutiert wird.

- Die Argumentation des Bistums finde ich hervorragend. Trotzdem wäre es glaubwürdiger, wenn wir uns auf Testimonials von Unternehmen beziehen, statt auf die Kirche zurückzugreifen. Die Grundfrage auch da: Wen will der FÖS erreichen? Wollen wir das Thema offensiv oder defensiv angehen?
J.H. aus St. Gallen

Kann das Konzept der höherem Energiepreise und geringeren Arbeitsnebenkosten aufgehen? (E.B. aus West Cork)

Ich bin ein Anhänger der ökologischen Steuerreform, dies gleich vorneweg, damit keine Missverständnisse auftreten.

Ich habe jedoch Bedenken, dass das Konzept für höhere Energiepreise, evtl. später auch Rohstoffpreise – dort weniger Arbeitsnebenkosten, deshalb mehr Arbeitsplätze, aufgehen kann.

Bitte bedenken Sie, wir haben über 40% Arbeitsnebenkosten und wenn die Senkung der Sozialversicherung um 2-3% als großer Erfolg der Ökosteuer angesehen wird, so ist das nichts als der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein. Arbeitsmarktpolitische Effekte sind davon kaum oder nur marginal zu erwarten. Dieses Konzept hat außerdem einen systemischen Fehler. Je effektiver die Ökosteuer ist - und deren Erfolg erhoffen wir uns ja alle – umso problematischer wird die Zusatz-Finanzierung der Arbeitsnebenkosten durch Ökosteuern ohne sie ins Uferlose zu erhöhen.

Der grundsätzliche Fehler unseres Sozialsystem ist das Umlageverfahren. Die lohnbezogene Finanzierung des Sozialstaates hatte zu seinem Beginn vor hundert Jahren und noch Jahrzehnte danach, durchaus ihre Berechtigung. Heute im Zeitalter der Dritten Industriellen Revolution ist sie nicht mehr zeitgemäß. Der Produktivitätsfortschritt und das Wachstum des Bruttosozialproduktes werden immer mehr durch Kapital statt durch Arbeit sichergestellt. So waren z.B. 1960 noch 56 Mrd. Arbeitsstunden zur Erwirtschaftung des westdeutschen Sozialproduktes nötig. 1996 wurden für das fast dreimal so hohe Sozialprodukt nur noch etwa 80 Prozent der damals benötigten Arbeitsmenge.

Durch die exponentiell sich beschleunigende technische Entwicklung wird sich dieses Verhältnis immer schneller zu Gunsten des Kapitals verschieben.

Die Finanzierung des Sozialstaates müsste deshalb auf eine Wertschöpfungssteuer umgestellt werden, die Kapital und Arbeit einschließt. Damit könnte schon mit einer Steuer von 3-5% die Arbeitsnebenkosten in einer Größenordnung von 20-30% gesenkt werden. Dadurch würde menschliche Arbeit wesentlich attraktiver. Selbstverständlich kann über eine leistungsbezogene Eigenfinanzierung zusätzlich nachgedacht werden.

Die Öko-Steuereinnahmen sollten ausschließlich zur Rationalisierung energiesparender Technologien im weitesten Sinne und zur Subventionierung energiesparender Systeme verwendet werden.

Auch darüber würden bekanntlich viele neue arbeitsintensive Arbeitsplätze geschaffen, die umso besser zu finanzieren wären, wenn sie wesentlich von den Arbeitsnebenkosten entlastet würden.

E.B. aus West Cork

Wachsende Energiesteuern contra wachsende Energiepreise (J.H. aus Berlin)

Sicherlich stellt die Einführung der Ökosteuer einen Meilenstein in der Steuerpolitik dar. Vor allem ist der Anfang einer ökologischen Umorientierung des Steuersystems gemacht. Schön wäre es, wenn es allein dabei nicht bliebe. Daher habe ich auch (positiv für die ÖSR) veröffentlicht, an der Umsetzung der ÖSR mitgewirkt und bin Mitglied beim FÖS.

Dennoch denke ich, dass wir weiter denken sollten, als nur reflexartig mit einem Aufschrei zu reagieren, wenn man über eine Aussetzung der Steuererhöhung nachdenkt. Der hinter der ÖSR liegende Gedankengang besteht nämlich NICHT aus kontinuierlich wachsenden Energiesteuern, sondern aus kontinuierlich wachsenden Energiepreisen. Steuernde Wirkung beim Verbraucher haben Preise, nicht ganz bestimmte, nur bei genauem Hinsehen erkennbare Bestandteile von Preisen.

Natürlich gibt es die politische Gefahr, dass eine Aussetzung der Anfang vom Ende der ÖSR ist. Aber genau das ist es, wogegen wir ankämpfen müssen.

J.H. aus Berlin

Die Engländer wissen, was sie ihren Enkeln schuldig sind (D.P. aus Darmstadt)

Die Ökosteuer muss sogar erhöht werden, und zwar ständig, vor allem aber vorhersehbar, weil die Motorenhersteller nur dann einen Anreiz haben, Motoren mit deutlich niedrigerem Verbrauch auf den Markt zu bringen. Die Engländer haben dies längst begriffen: in GB steigt die Mineralölsteuer seit 1997 jährlich um 7 % + Inflation. Ja, die Engländer (und auch die Holländer) wissen, was sie ihren Enkeln und Urenkeln schuldig sind. Die können dann nämlich auch noch Auto fahren. Wir Deutschen denken nur an heute und unseren Geldbeutel.

D.P. aus Darmstadt

Aussetzung der Ökosteuer wäre falsches Signal (E.D. aus Steckby)

Ich halte eine Aussetzung der Ökosteuer für ein falsches Signal und denke, es würde zur Stagnation des ausgelösten, innovativen Prozesses führen. Wenn die Energiesparpotentiale wirklich (in der Wirtschaft und beim Verbraucher) genutzt werden sollen, muss sich Energie weiter in kleinen und berechenbaren Schritten verteuern. Nur so wird Energiesparen belohnt und Wind- und Sonnenenergienutzung erhalten eine reelle Chance. Nur auf diesem Wege wird die Bundesrepublik Weltmarktführer der erneuerbaren Energien und sichert langfristig neue Arbeitsplätze.

E.D. aus Steckby

Was die Briten schaffen, sollten wir auch können... (M.M. aus Berlin)

Wenn es die Briten schaffen, REG-Strom von der Energiebesteuerung zu befreien und die Themen Energiesteuern und Zertifikate sinnvoll zu verknüpfen (und das auch noch von der EU-Kommission abegesenet zu bekommen), dann sollte das in Deutschland doch auch möglich sein. Außerdem ist die Tatsache, dass hier industrieller Energieverbrauch besteuert wird und die Art und Weise der geplanten Rückerstattung doch durchaus interessant ...

M.M. aus Berlin

Weitere Stellungnahmen aus dem In- und Ausland

Sagen Sie es weiter: Die Ökosteuer muss kommen. Der Grund: die Umwelt macht auch keine Pause im "Kaputtgehen!"

N.L. aus Langenfeld

Thank you for this very good work (*FÖS-Mitteilungen 20*), it should attract many more members!

P.M. aus Velp

I would very much like to receive your newsletter; however, I do not speak German.

J.H. aus Washington

We appreciate the many good environmental policies and lobbying in Germany. Keep up the good work.

J.T. aus Leicestershire

I appreciate very much your materials dealing with „Ökologische Steuerreform“.

J.B. aus Prag

Yes, I would like to receive newsletters from your organisation, but only in English.

G.R. aus Stockholm

Thank you very much. I wish you continued success with your environmental tax reform activities. YOU ARE DOING A GREAT JOB!!!

B.R. aus Ljubljana

7. KURZMELDUNGEN

Wie die Ökosteuer die Liebe rettet

Wie die Süddeutsche Zeitung (14.3.01) berichtet, enthält die Plakataktion zur Ökosteuer, die im Umweltministerium entwickelt wurde, neben werbenden Hinweisen für Rente und Klimaschutz auch solche für „Mehr Sex – wer öfter mal das Licht ausmacht, wird belohnt. So oder so“. Das führte zu Anfragen von Seiten der CDU, wie denn die Regierung zu der Einschätzung komme, „die Ökosteuer bringe mehr Sex“ und „in welchem Umfang erwartet die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Ökosteuer mehr sexuelle Aktivitäten?“ Hierzu liegen der Bundesregierung jedoch noch keine Erkenntnisse vor...

LKW-Fahren kostet nur Groschen – Bahn aber viel Geld

Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bahn AG, Hartmut Mehdorn, bemängelt im Interview mit der Süddeutschen Zeitung (10.5.01), dass es in Deutschland keine ehrlichen Rahmenbedingungen für die Bahn gibt und fordert ein anderes Bewusstsein für die Bahn. Solange LKWs für ein paar Groschen durch die Gegend fahren, dürfe man sich nicht wundern, dass die Bahn zu teuer ist. Er wolle keine Subventionen für die Bahn, sondern eine Gleichbehandlung. Seiner Meinung nach darf der LKW nicht so billig sein, dass Produkte zur

Verarbeitung durch ganz Deutschland oder gar ins Ausland gefahren werden können und anschließend wieder zurück.

Hohe Spritpreise: Auto bleibt öfter in der Garage

Laut Verband der deutschen Mineralölwirtschaft bleibt das Auto wegen der hohen Spritpreise immer öfter in der Garage. Seit Januar sei der Benzinverbrauch im Vergleich zum Vorjahr um etwa 7% zurückgegangen. Man rechne aber damit, dass bei den Autofahrern eine Gewöhnungsphase einsetze und sich der Verbrauch wieder normalisiere. Für die weitere Benzinpreisentwicklung sei neben dem Rohölpreis vor allem die Nachfrage am Weltmarkt entscheidend, außerdem die Kursentwicklung des Euro, der wesentlich mehr ins Gewicht falle als die Ökosteuer. Wegen der sinkenden Nachfrage wird erwartet, dass mittelfristig bis zu 4000 Tankstellen schließen werden, wobei der Verbraucher davon durch Kostenreduzierung aufgrund des Schrumpfungsprozesses profitieren könnte. (ap/Münchener Merkur 18.5.01)

Umweltschonend Auto fahren

Durch umweltschonendes Autofahren können bis zu einem Drittel und mehr CO₂ und Kosten eingespart werden. Im letzten Jahr wurde in Bonn ein öffentlicher Aktionstag zu diesem Thema durchgeführt. Interessenten konnten dort Ökofahrstunden in Fahrzeugen mit Verbrauchscomputer absolvieren. Außerdem wurde gleichzeitig die Broschüre „Der Weg zum sparsamen Fahrstil“ vorgestellt und verteilt. Das Klimabündnis der Städte hat diese Aktion zum Agenda 21-Projekt des Monats Februar 2001 ausgewählt.

CSU straft ihren Umweltpolitiker ab

Der Landtagsabgeordnete Josef Göppel, Chef des CSU-Umweltarbeitskreises, muss um seine politische Zukunft bangen, nachdem er überraschend aus dem engeren Vorstand im CSU-Kreisverband Ansbach gewählt wurde. Thomas Goppel, CSU-Generalsekretär, meinte dazu, dass Göppel seine Positionen „oft ohne Bedacht auf das, was andere sagen,“ vertreten habe. Auch die restliche Parteispitze zeigte laut SZ wenig Mitgefühl. Göppel sieht gewisse Parallelen zum CDU-Bundestagsabgeordneten Herbert Gruhl, der wegen seines Buches „Ein Planet wird geplündert“ in den siebziger Jahren aus der „CDU rausgemobbt“ wurde. Weiter sagte Göppel, dass er jetzt um sein politisches Überleben kämpfen wolle. (Süddeutsche Zeitung 22.5.01)

8. SERVICE JOBS

Sustainable Europe Research Institute (SERI) sucht PraktikantInnen

Sustainable Europe Research Institute (SERI) sucht für die Periode zwischen Juni und September 2001 **PraktikantInnen** aus den Studienrichtungen Wirtschaft, Ökologie, Geographie, Soziologie, Politikwissenschaft, Landschaftsplanung sowie anderen Disziplinen, welche sich mit den Wechselwirkungen zwischen Wirtschaft und Umwelt befassen.

Aufgabengebiete: Mitarbeit an einem Forschungsprojekt/Paper und organisatorische Arbeit am SERI
nähere Infos auf der Homepage: <http://www.seri.at> oder bei Dr. Fritz Hinterberger (fritz@seri.at)

Researchteam der Bank Sarasin & Cie. (Basel) bietet Praktikumsmöglichkeiten

Das Researchteam der Bank Sarasin & Cie. (Basel) analysiert und bewertet Unternehmen nach Kriterien der Nachhaltigkeit (ökologische und soziale Dimension) und bietet **Praktikumsmöglichkeiten** in zwei unterschiedlichen Themenbereichen an:

1. Weiterentwicklung von sozialen Indikatoren zur Beurteilung von Unternehmen, d.h. Recherche zu relevanten Themenfeldern und Ausarbeitung von geeigneten Kriterien;
2. Mitarbeit im Länder-Rating, d.h. Ermittlung von Kriterien und Daten zur Beurteilung von ausgewählten Aspekten der Nachhaltigkeit von Ländern.

Voraussetzung ist ein besonderes Interesse oder Vorkenntnisse zu sozialen Aspekten der Nachhaltigkeit; für das Länder-Rating sind wir v.a. auch an Studierenden der Volkswirtschaftslehre oder verwandten Fächern interessiert.

Beginn ist ab sofort oder nach Vereinbarung, die Dauer ca. 4 Monate.

Kontaktperson: Dr. Eckhard Plinke Tel. 061-277 75 74, E-mail: eckhard.plinke@sarasin.ch

Praktikant/in gesucht im Bundesumweltministerium

Gesucht wird Student/in im Hauptstudium:

- ab November 2001
- für mindestens 8 Wochen, gerne länger
- mit Interesse an politischen Abläufen
- mit Interesse am Thema Energie und Klimaschutz, insbesondere Ökologische Steuerreform und Verkehr
- Gutes Ausdrucksvermögen, Interesse an Recherche- und Zuarbeit, schnelle Auffassungsgabe.
- Bisheriges Engagement, z.B. in Umweltverband/Politik, ist vorteilhaft, aber nicht Bedingung

Geboten wird:

- Abwechslungsreicher und interessanter Job am Puls der Zeit
- Treffen und Sitzungen mit Politprominenz
- Einblick in eine oberste Bundesbehörde

Bewerbungen bitte an (gerne auch per Email oder telefonische Vorabanfrage):

Kai Schlegelmilch Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
AG Z II 6 (Arbeitsgruppe Umwelt und Energie, Klimaschutz)

Alexanderplatz 6

10178 Berlin

Tel.: 01888-305-2452

Fax: 01888-305-2349

Schlegelmilch.Kai@bmu.de

<http://www.bmu.de>

9. SERVICE LINKS

Ökosteuer-Foliensatz

Hier finden Sie einen Foliensatz zur ÖSR vom MdB Hans-Josef Fell, den Sie als Power-Point-Datei herunterladen können.

<http://www.hans-josef-fell.de/download/energie/steuer/folie.ppt>

Meinung zur Ökosteuer und zum autofreien Sonntag

Norbert Lang (<http://www.norbertlang.de>), Fördermitglied des FÖS, gibt unter untenstender Adresse die Möglichkeit, Meinungen zur Ökosteuer und zum autofreien Sonntag zu äußern.

<http://www.norbertlang.de/feedback2.html>

"Klimaschutzpolitische Bewertung eines Ausstiegs aus der Kernenergie und der Gestaltung der künftigen Energieversorgung unter Berücksichtigung von volkswirtschaftlichen Aspekten"

Zusammenfassung eines Gutachtens im Auftrag des BMU.

<http://www.wupperinst.org/energie/produkte/pkb4130.html>

Umwelt- & Prognoseinstitut (UPI)

Sehr interessante Texte zur Ökosteuer mit vielen Zahlen, Fakten und Diagrammen.

<http://www.upi-institut.de>

Links rund um die Ökosteuer

Kai Schlegelmilch, Vorstandsmitglied des FÖS, hat eine Reihe **interessanter Links zum Thema Ökosteuer** gesammelt. Sie finden diese unter

<http://www.foes-ev.de/links.html>

Simulationsmodell zur Berechnung der Auswirkungen der Ökologischen Steuerreform

Die Autoren untersuchen die Auswirkungen einer ökologischen Steuerreform auf Wohlfahrt und Beschäftigung. Dazu wird ein flexibles, interaktives Simulationsmodell entwickelt, das dem Benutzer ermöglicht, ökologische Steuerreformprogramme oder Emissionsbeschränkungen selbst zu spezifizieren und ihre Auswirkungen zu berechnen. Der Benutzer kann dabei zwischen unterschiedlichen Modellvarianten wählen (geschlossene versus kleine offene Volkswirtschaft jeweils mit oder ohne Unterbeschäftigung). Das Simulationsmodell kann aufgerufen werden unter:

<http://brw.zew.de>

10. SERVICE VERANSTALTUNGEN

21.07.2001, Bonn: BUND baut ein Klimarettungsboot

Anlässlich der Klimakonferenz in Bonn (16. – 27.07.) plant der BUND zusammen mit seinem internationalen Netzwerk Friends of the Earth den Bau eines riesigen Rettungsbootes im Zentrum von Bonn. Zu der Aktion werden Tausende Helfer aus aller Welt erwartet.

Kontakt: Fon 030/27586455, eMail rettungsboot@bund.net, <http://www.dasrettungsboot.de>

31.08. – 02.09.2001, Hamm: Zukunftsenergien 2001

Kongressmesse in Hamm, die einen Überblick über erneuerbare Energien, rationelle Energieverwendungen und energieeffizientes Bauen bietet. Öko-Zentrum Nordrhein-Westfalen in Hamm

Kontakt: Fon 07121/3016-0, eMail redaktion@energie-server.de, <http://www.energie-server.de>

18.09. - 22.09.2001, Husum: Windtech Husum 2001

Fachmesse für die Windkraft-Branche mit Kongress. Info: Fördergesellschaft Windenergie. Tel. 04 31 / 6 68 77 - 64, Internet: <http://www.wind-fgw.de>

22.09.2001: Europaweiter Autofreier Tag

Am 22.9.01 finden bundesweit Veranstaltungen zum autofreien Tag statt, Veranstalter ist das Klimabündnis der europäischen Städte, Kontakt: Fon 069/70790083,

eMail e.floesser@klimabuendnis.org, <http://www.klimabuendnis.org/kbhome/start.htm>

20.10. - 24.10.2001, Berlin: The 18th International Electric Vehicle Symposium
A challenge for a clean and silent mobility. Informationen: Tel. 0 30 / 31 42 32 00

25./26.10.2001, Augsburg: Holzenergie 2001 - Fachkongress für Holzenergie

Erstmal wird in Augsburg von der Bundesinitiative BioEnergie BBE eine reine Holzenergiemesse in Verbindung mit einem Fachkongress durchgeführt.

Kontakt: Fon 0228/8198-140, eMail info@bioenergie.de, <http://www.bioenergie.de>

11. IN EIGENER SACHE

FÖS-Leserumfrage zur Zukunft der ÖSR in Deutschland

Der FÖS möchte gerne wissen, was seine Mitglieder und Interessenten über die Zukunft der Ökosteuer denken und welche Vorschläge Sie haben. Deshalb finden Sie unter dem unten angegebenen Link einige Fragen, um deren Beantwortung wir Sie bitten. Es geht dabei um drei Themenbereiche: die Grundkonzeption der heutigen Ökosteuer, die Verwendung des Aufkommens und einen Slogan die Ökosteuer. Das Ergebnis wollen wir im nächsten Newsletter veröffentlichen.

<http://www.foes-ev.de/umfrage/umfrage.htm>

Kassenbericht 2000

Die Kassenprüfer Herr Schulz und Herr Evert der Handwerkskammer Hamburg, die die Buchführung des FÖS überprüft haben, legten am 7. Mai ihren Bericht vor. Ihr Ergebnis: „Die Buchführung des Fördervereins Ökologische Steuerreform für das Jahr 2000 ist ordnungsgemäß. Die Einnahmen-Ausgaben-Rechnung wurde korrekt erstellt.“ Sowohl die Einnahmen als auch die Ausgaben fielen geringer aus als im Vorjahr 1999. Die einfache aber traurige Erklärung liegt im Tod unseres Geschäftsführers Mittelsteiner. Wir hoffen nun, mit Ihrer Hilfe und neuem Schwung in diesem Jahr wieder das alte Niveau zu erreichen. Eine detaillierte Aufstellung erhalten unsere Mitglieder in nächster Zeit.

Wichtige Termine in Berlin

Am 26./27. Juni fanden in Berlin einige wichtige Termine zur Ökosteuer statt, an denen der FÖS teilgenommen hat. Den Beginn machte am 26.6. ein Fachgespräch zur ÖSR, bei dem die Probleme der Sonderregelungen für die Industrie und der Behandlung der erneuerbaren Energien unter Fachleuten diskutiert wurden. Der 27.6. begann mit einem Treffen unserer Vorstandsmitglieder Dr. Anselm Görres, Kai Schlegelmilch und Bettina Meyer mit Staatssekretär Prof. Dr. Zitzelsberger im Bundesministerium der Finanzen. Danach hatte das Forum Zukunftsenergien in die Friedrich-Ebert-Stiftung geladen, zu einer Sitzung zum Thema „Klimaschutz durch Ökosteuer“. Neben Vertretern der Verbraucherverbände, von Verdi und aus der Industrie hielt dort auch der FÖS-Vorsitzende Dr. Görres einen Vortrag. Anschließend traf sich der erweiterte Projektbeirat des BUND zu dessen Ökosteuerkampagne, um über Aktionsvorschläge nachzudenken, die der Ökosteuer zu mehr Akzeptanz verhelfen können. Last but not least schloß sich unsere eigene Vorstandssitzung an.

Neue Adressen

Bitte denken Sie daran, uns neue Post- oder Emailadressen gleich mitzuteilen. Das Nachforschen, wenn Post oder Emails zurückkommen, kostet uns viel Zeit. Außerdem können Sie so sicher sein, keine Ausgabe unseres Newsletters oder andere wichtige aktuelle Mitteilungen zu verpassen!

Wie kann der Newsletter noch besser werden?

Bitte schicken Sie uns Ihre Anregungen, Kritik, Wünsche und auch gerne Literatur-/ Link-Hinweise, damit wir den Newsletter weiter verbessern können. Wenn Sie selbst einen Beitrag schreiben möchten, freuen wir uns sehr, bitten aber, diesen vorher mit uns abzustimmen (foes@foes-ev.de).

Hat Ihnen dieser Newsletter gefallen?

Dann unsere Bitte: Spenden Sie! Denn wie Sie wissen, ist der FÖS auf Spenden angewiesen. In näherer Zukunft werden wir uns auch erlauben, einige potentielle Spender telefonisch zu kontaktieren. Insbesondere diejenigen unter Ihnen, die keine Mitglieder bei uns, aber zufrieden mit unserer Arbeit, bzw. den Mitteilungen/Newslettern sind, können sich überlegen, ob sie unsere Arbeit mit einer Spende unterstützen wollen.

Wir wären Ihnen sehr dankbar! Die Bankverbindung: **Ökobank e.G., BLZ 500 901 00, Konto 860 3740.**